

IMAGO DEI FESTIVAL

11. MÄRZ-
2022

18. APRIL
KREMS

Samstag, 02. April
18:00 Uhr

Klangraum Krems
Minoritenkirche

SYRIA ALIVE

Salah Ammo Ensemble

Salah Ammo – Bouzouk, Stimme

Julia Siedl – Klavier, Keyboard

Maria Petrova – Schlagzeug, Dahol

Shorooq Monzer – Oud, Stimme, Riqq

Peter Gabis – Perkussion, Handpan, Overtone

Bassam Halaka – E-Bass, Rababa

Oscar Antoli – Klarinette, Nay, Zurna

Autor*innen

Hamed Abboud – Autor

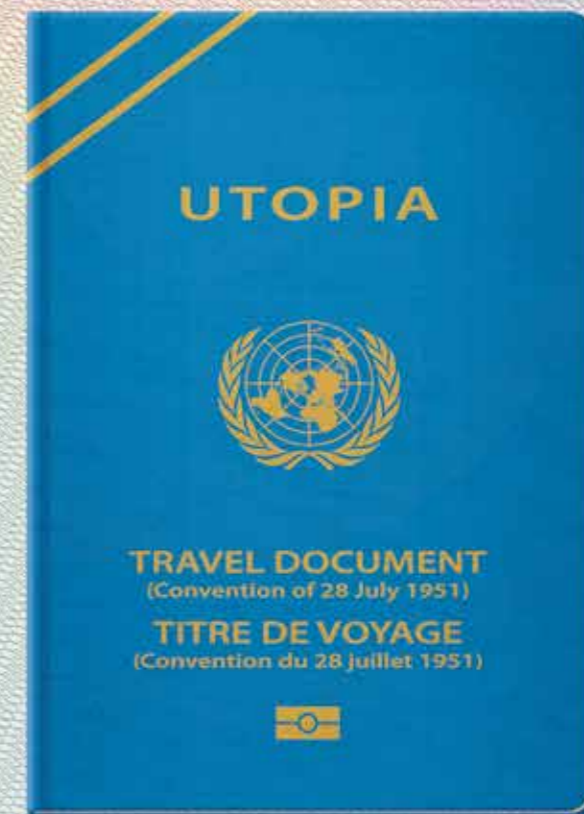
Luna Al-Mousli – Autorin

Omar Khir Alanam – Autor

Jad Turjman – Autor

upgrade

Das Magazin für Wissen und Weiterdenken
der Universität für Weiterbildung Krems



Ausweis bitte

SCHWERPUNKT: MIGRATION & BEWEGUNG

WAS MENSCHEN ZUM AUFBRUCH BRINGT UND
WIE POLITIK UND GESELLSCHAFT DAMIT UMGEHEN



GREEN MIGRATION

Zeit zu handeln, für ein besseres Morgen.

40 Prozent des weltweiten Verbrauchs an Primärenergie entfallen auf Gebäude, und deren Energieverbrauch wird Prognosen zufolge auf Dauer noch weiter zunehmen. Zugleich sind auf dem Weg zu energieeffizienten und nachhaltigen Gebäuden zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen, darunter die zunehmende Ressourcenknappheit, rechtliche Risiken und steigende Betriebskosten sowie die verschiedenen Anforderungen der jeweiligen Nutzer. Den größten Gewinn bringt die Energieeffizienz-Optimierung mit einem ganzheitlichen Ansatz. Mit Siemens machen Sie die Energieeffizienz in Ihrem Gebäude skalierbar. Ganz klar: je umfassender der Ansatz ist, desto mehr Einsparungen sind möglich. Gemeinsam mit unseren Experten finden Sie schon heute die Lösungen für ein besseres Morgen.

[siemens.at/green-deal](https://www.siemens.at/green-deal)

SIEMENS

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,



MAG. STEFAN SAGL

Chefredakteur des Magazins „upgrade“

erst wenige Generationen ist es her, dass auch Menschen aus Österreich in die sogenannte Neue Welt oder in andere Länder aufgebrochen sind, auf der Suche nach einem besseren Leben – freiwillig oder erzwungen. Migration, die räumliche Veränderung des Lebensmittelpunktes, ist eine Konstante der gesamten Menschheitsgeschichte. Aufgabe von Gesellschaft und Politik ist es seit jeher, damit wertschöpfend umzugehen: sowohl mit den einhergehenden Herausforderungen als auch mit dem Gewinn an Perspektiven und dem zusätzlichen Potenzial durch Zugewanderte.

Die Wissenschaft hat bis heute wertvolle Erkenntnisse zu den Themen Migration und Integration erarbeitet. Diese aufzugreifen lohnt sich selbstredend für viele Fragestellungen: nicht nur um den vielerorts emotionsbeladenen Diskurs zu bereichern, sondern insbesondere um tragfähige Lösungen zu unterstützen.

Die aktuelle Ausgabe von „upgrade“ mit dem Schwerpunkt Migration und Bewegung erfasst den Themenkomplex aus unterschiedlichsten Perspektiven: jenen der europäischen Politik, jenen der Integration in Stadt und ländlichem Raum, jenen von Rückkehrenden oder jenen der Wirtschaft und Wissenschaft zu den Herausforderungen von Migration sowie zur Relevanz der bekannten Suche nach Arbeitskräften. Die aktuelle Bildstrecke des Magazins mit dem Titel „Passierscheine“ illustriert dabei die Rolle von Reisedokumenten. Diese bestimmen unseren Bewegungsradius, sind begehrte Ausweise für Schutzsuchende, gleichzeitig auch Medium von Macht und Protest sowie Symbole mit hoher Ausdruckskraft.

Viel Freude bei der Lektüre wünscht

Ihr Stefan Sagl

**Besuchen
Sie unsere
Website!**

Alle Ausgaben von **upgrade**
gibt es auch im Internet:
www.donau-uni.ac.at/upgrade

PASSIERSCHENE



Reisepass ist nicht gleich Reisepass. Wohin Menschen reisen dürfen, variiert von Staat zu Staat. Der Henley Passport Index erstellt seit 2006 eine Rangreihe der „mächtigsten“ Reisepässe der Welt. Für das globale Ranking analysiert das Beratungsunternehmen Henley & Partners die Visabestimmungen aller Länder und Territorien der Welt in Bezug auf die Reisefreiheit, die ihre Bürger_innen genießen. Für das erste Quartal 2022 weist der Index die Reisepässe Japans und Singapurs auf Platz eins mit 192 Punkten aus. Österreich liegt auf Platz vier mit 188 Punkten.

VALID / NOT VALID

Die Demographie ist eindeutig

Ein Kommentar von Heinz Faßmann

Die Demographie ist eindeutig: Österreich ohne Zuwanderung hätte in Zukunft – so die aktuelle Prognose von Statistik Austria – zwar nur geringfügig weniger Einwohner, aber deutlich weniger im erwerbsfähigen Alter (15 bis 60 Jahre). Die Zahl der Geburten würde weiter stark fallen, die Zahl der Sterbefälle jedoch zunehmen, die gegenläufigen Tendenzen verstärken sich langfristig. Der Geburtenrückgang setzt sich fort und die Baby-Boom Jahrgänge durchwandern die Altersstruktur. Sie hinterlassen dabei deutliche Lücken auf dem Arbeitsmarkt und sie fordern das Gesundheits-, Pflege- und Pensionssystem massiv heraus. Österreich sucht derzeit bereits Fachkräfte für die Industrie und das Gewerbe, für den Gesundheitsbereich, für das Bildungssystem und für viele andere Branchen auch. Ohne Zuwanderung wird es nicht gehen und dennoch wird Zuwanderung politisch verdrängt und nicht gestaltet.

Auf die Gestaltung kommt es aber an und auf die Differenzierung. Häufig wird übersehen, dass die Zuwanderung auch eine Folge der gelungenen Integration Österreichs in den europäischen Binnenmarkt ist. Die Majorität der Zuwanderung – immerhin 85.000 von 136.000 (2020) – kam aus Österreichs Nachbarstaaten. Die Zugewanderten bleiben, solange sie erwerbstätig sind, studieren oder ihnen der Alterswohnsitz zugesagt. Sie wandern auch wieder zurück. Diese Rückwanderung von EU-Bürgerinnen und -Bürgern betrifft auch Österreich mit umgekehrtem Vorzeichen.

Immerhin 15.000 Zugewanderte des Jahres 2020 waren österreichische Staatsangehörige, die nach ihrem Studium im Ausland oder nach den ersten Berufsetappen oder aus welchen Gründen auch immer nach Österreich zurückkehrten.

Wer Zuwanderung ablehnt, meint andere Gruppen, nämlich Asylwerbende und den Familiennachzug aus Drittstaaten. Beides zusammen machte 2020 rund 25.000 Personen aus. Die Politik bewegt sich dabei in einem Spannungsverhältnis. Asyl und Familiennachzug sind menschenrechtlich abgesichert, deren Integration ist aber alles andere als einfach. Da hilft kein wohlmeinender Optimismus. Von 100 in Österreich lebenden Personen aus Afghanistan, Syrien oder dem Irak im erwerbsfähigen Alter waren 2020 nur 35 erwerbstätig, bei der Gesamtbevölkerung waren es 72. Umgekehrt waren 42 Prozent der Personen aus Afghanistan, Syrien oder dem Irak arbeitslos, in der Gesamtbevölkerung nur 10 Prozent (vgl. Migration & Integration 2021, S. 55)

Die hier nur angedeuteten Befunde sind eindeutig. Österreich braucht Zuwanderung, aber eine, die auch in Österreich benötigt wird. Dass menschenrechtliche Verpflichtungen wahrzunehmen sind, bleibt unbenommen, nur die funktionelle Verwechslung sollte unterbleiben. Asylzuwanderung ist nicht Arbeitsmigration. Wir brauchen klare Regeln und noch mehr Anstrengungen, um eine qualifikationsorientierte und im Inland benötigte Zuwanderung zu steuern und eine Flüchtlingspolitik, die sich tatsächlich auf die Schutzbedürftigen konzentriert. ■



HEINZ FASSMANN

Dr. Heinz Faßmann (*1955 in Düsseldorf), Universitätsprofessor (i. R.) für Angewandte Geographie, Raumforschung und Raumordnung an der Universität Wien und Bundesminister (a. D.) für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Forschungsschwerpunkte: Demographie, Raumordnung, Migration und Integration

PASSIERSCHEINE



Zu migrieren kostet viel Geld. Für eine Passage auf der Mayflower Richtung Neue Welt 1620 mussten Auswandernde 5 Pfund zahlen, umgerechnet rund 1.300 Euro. Für eine Flucht nach Europa im Jahr 2021 fallen bis zu 10.000 Euro an. Das verfügbare Vermögen spielt für die Realisierbarkeit von Migration eine wichtige Rolle, ebenso wie die Frage, auf welchem Weg Geflüchtete Kosten bestreiten können. Hilfsorganisationen setzen mitunter Cash Cards ein. Ebenso wichtig wie ein Passierschein ist damit Geld. Länder wie Malta oder Zypern „verkauften“ sogar Staatsbürgerschaften und damit den EU-Pass für sehr hohe Summen.

VALID / NOT VALID

Das Entwicklungsparadoxon

Ist verstärkte Entwicklungszusammenarbeit die Antwort auf Migrationsbewegungen Richtung Europa? Eine Spurensuche im Spannungsfeld Entwicklungspolitik, wirtschaftliche Kooperation und Migration.

Von Milena Österreicher

Entwicklungspolitik ist wieder „gefragt“. Zumindest lassen dies die politischen Diskurse und Strategien der vergangenen Jahre vermuten. Besonders seit dem Jahr 2015, als die Migrationsbewegungen Richtung Europa – mit einem Rekordwert von 1.321.600 Asylanträgen – ihren Höhepunkt erreichten, wurde „Hilfe vor Ort“ beschworen. Die Annahme, dass die Entwicklung der Herkunftsländer Migrationsbewegungen stoppen oder reduzieren könne, beherrscht die Politiken internationaler Organisationen sowie nationaler Akteure und Akteurinnen.

Die Europäische Kommission entwickelte 2015 neue Maßnahmen, unter anderem

den fünfjährigen EU Treuhandfonds für Afrika, der Projekte in 26 afrikanischen Partnerländern finanziert. Der Geldtopf von rund fünf Milliarden Euro, gespeist vor allem aus europäischen Entwicklungsmitteln, sollte Entwicklungshilfe und Migrationspolitik verbinden, um damit Fluchtursachen zu bekämpfen sowie Migration besser zu steuern. In Österreich wurde 2016 nach vorheriger kontinuierlicher Kürzung das Budget für Entwicklungszusammenarbeit, kurz EZA, erstmals wieder erhöht.

„Migration und Entwicklungszusammenarbeit waren bis Ende des 20. Jahrhunderts zwei Bereiche, die unabhängig voneinander sowohl politisch als auch wissen- >>



PETRA DANNECKER

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Petra Dannecker, M.A. promovierte in Entwicklungssoziologie an der Universität Bielefeld. Sie leitet seit 2012 das Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien.

schaftlich behandelt wurden“, erklärt Petra Dannecker, Entwicklungssoziologin an der Universität Wien. Erst zu Beginn der 2000er Jahre wurden im Kontext der Debatten um den sogenannten Migrations- und Entwicklungsnexus beide Bereiche verknüpft. Fokussiert wurde daraufhin bis in die 2010er Jahre auf die Rolle von Migrant_innen für Entwicklung, das heißt, wie Menschen, die migrieren zur Entwicklung der Herkunftsländer beitragen können. Vor allem die durch die Weltbank veröffentlichten Zahlen über die sogenannten Remittances, Gelder, die Migrant_innen in ihre Herkunftsregionen zurückschicken, führten dazu, dass Migrant_innen als Entwicklungsakteure ‚entdeckt‘ und ihre Rolle zur Armutsreduktion und wirtschaftlichen Entwicklung in ihren Herkunftsregionen diskutiert und gefördert wurde.

Wie ein OECD-Bericht zeigt, betrogen die Remittances bereits 2006 mehr als die Mittel öffentlicher Entwicklungshilfe, nämlich 206 Milliarden US-Dollar im Gegensatz zu 100 Milliarden Entwicklungshilfe. 2019 berichtete die Weltbank, dass Remittances die größte Quelle für Auslandsfinanzierung

in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen – mit Ausnahme von China – waren. Die offiziell erfassten Überweisungen beliefen sich 2018 auf einen Rekordwert von 529 Milliarden US-Dollar.

Perspektivenwechsel

Besonders seit den Migrationsbewegungen Richtung Europa 2015 und 2016 beobachtet Entwicklungsexpertin Dannecker einen deutlichen Perspektivenwechsel in der Praxis. Die Devise lautet nun: Entwicklungszusammenarbeit vor Ort als wichtiger Faktor, um Ursachen der Migration, wie hohe Arbeitslosigkeit, Armut oder wenig Bildungs- und Aufstiegschancen, zu bekämpfen und so beizutragen, dass Menschen ihre Heimatregion nicht verlassen.

Die höheren Entwicklungshilfeszahlungen sind allerdings mit Vorsicht zu betrachten, wie eine Studie von Entwicklungsexpert_innen im Rahmen des deutschen Projekts Mercator Dialogue on Asylum and Migration (MEDAM) aus dem Jahr 2019 zeigt. Sie führt an, dass die Erhöhung der Entwicklungshilfe in OECD-Ländern in

den vergangenen Jahren vor allem auf höhere Ausgaben für Geflüchtete in den Geberländern selbst zurückzuführen ist. Mehr als 25 Prozent der geleisteten Hilfgelder wurden demnach nicht in Herkunftsländern der Geflüchteten und Migrant_innen eingesetzt, sondern blieben im eigenen Land.

Kein kausaler Zusammenhang

Die empirische Lage spricht gegen einen kausalen Zusammenhang zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Migrationsverhinderung. Kurzfristige Programme, die dies zum Ziel hätten, seien zu wenig umfassend und von zu kurzer Dauer, beschreibt es der niederländische Migrationsexperte Hein de Haas in einem Paper für die Universität Oxford.

„Grundsätzlich hängen Entwicklung und Migration natürlich zusammen, aber nicht unbedingt in der vom Globalen Norden erwünschten Weise“, so Entwicklungssoziologin Petra Dannecker. Soziale, politische und auch wirtschaftliche Entwicklung können mittelfristig sogar zum Gegenteil führen und die Mobilität der Menschen, die auch zu Migration führt, erhöhen.

In ärmeren Ländern nimmt die Migrationsneigung ab dem Zeitpunkt der Erreichung eines Pro-Kopf-Einkommens von 8.000 bis 10.000 US-Dollar tendenziell zu. Denn Migration kostet viel Geld und wird folglich erst ab einem gewissen Einkommen leistbar. Zudem eröffnet der Zugang zu Informationen, Wissen und Bildungsmöglichkeiten neue Perspektiven und Erwartungen, die im eigenen Land nicht zu erfüllen sind.

Vielfältige Gründe

Langfristig könne wirtschaftliche Entwicklung zum Bleiben im eigenen Land führen, wobei es schwierig sei, hier einen Zeitraum zu definieren. Dannecker gibt jedoch zu bedenken, dass Gründe, warum Menschen migrieren, vielschichtiger sind als rein ökonomische Ursachen. Sie forschte in Bangladesch zu temporärer Arbeitsmigration nach Südostasien und in den Mittleren sowie Nahen Osten. „Migration ist dort eine wichtige Entwicklungsstrategie, die von der Regie-

rung unterstützt wird“, sagt Dannecker. Der Export von „Manpower“ sei im Fünfjahresplan verankert.

„Aber ich habe auch viele junge Frauen interviewt, die als temporäre Migrationsgründe angaben, sie wollten einfach einmal im Flugzeug sitzen, oder sie sahen Migration als einzigen Ausweg aus gewalttätigen Beziehungen“, erzählt Dannecker. Es gebe auch viele junge Männer, die nicht freiwillig migrierten, die aber als älteste Söhne von der Familie ins Ausland geschickt würden, um über Remittances die Familie zu Hause zu unterstützen.

„Migration ist zu einem Hot Topic bei den Verhandlungen über Handelsabkommen und wirtschaftliche Zusammenarbeit geworden.“

Federica Zardo

Hier könnte Entwicklungszusammenarbeit auch diverser angewandt werden. „Sie kann beispielsweise unterstützend eingesetzt werden, indem zirkuläre Migrationsregime durch Mobilitätspartnerschaften und Skill-Partnerschaften ermöglicht werden“, meint Mathias Czaika, Migrationsforscher an der Universität für Weiterbildung Krems. Auf diese Weise könne Entwicklungshilfe migrationspolitisch einen Beitrag leisten. Menschen seien schon seit jeher migriert, aber auch wieder zurück in ihre Heimat gekehrt. „Zahlreiche Studien zeigen, dass für einen großen Teil internationaler Migrant_innen die Rückkehr ins Heimatland Teil der Lebensplanung darstellt. Dies galt sowohl für Menschen, die im 19. Jahrhundert >>



MATHIAS CZAIKA

Univ.-Prof. Dr. Mathias Czaika promovierte in politischer Ökonomie an der Universität Freiburg, Deutschland. Er ist Professor für Migration und Integration und leitet seit 2017 das Department für Migration und Globalisierung an der Universität für Weiterbildung Krems. Davor leitete er das International Migration Institute an der Universität Oxford, Großbritannien.

REMITTANCES:

529
MILLIARDEN US-DOLLAR

Quelle: OECD

SO VIEL SCHICKTEN
MIGRANT_INNEN
WELTWEIT
2018 IN IHRE
URSPRUNGSLÄNDER
ZURÜCK.
2006 WAREN ES ERST
206 MILLIARDEN
US-DOLLAR.



FEDERICA ZARDO

Univ.-Ass.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Federica Zardo ist seit 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Department für Migration und Globalisierung an der Universität für Weiterbildung Krems. Zuvor war sie Dozentin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

„Bei fast zwei Dritteln der Menschen wird der Schutzstatus abgelehnt. Wir brauchen eine klare Kommunikation nach innen sowie nach außen, wer Schutz in Europa zugesprochen bekommt.“

Nina Gregori

von Europa nach Nordamerika ausgewandert sind, genauso wie für Gastarbeiter_innen in den 1950er bis 1970er Jahren oder rezentere Migration nach Europa oder auch innerhalb Europas. Grundsätzlich gilt: Je schwieriger sich die Zuwanderung für einzelne Migrant_innen darstellte, desto geringer ist deren Neigung zurückzukehren, auch wenn sich eine verbesserte ökonomische Situation in ihren Heimatländern grundsätzlich positiv auf die Rückkehrbereitschaft auswirkt“, sagt Czaika (siehe auch sein Interview auf Seite 15).

Da das Thema Migration aber so stark politisiert wird, fehle meist ein differenzierter Blick darauf, so Dannecker. Zudem müsse auch über postkoloniale Strukturen und Abhängigkeitsverhältnisse nachgedacht werden, die auch ursächlich dafür seien, dass Menschen migrieren. „Wir müssten uns ernsthaft mit diesen Ungleichheiten beschäftigen, zum Beispiel mit den Fragen, wie sich die EU-Agrarpolitik auf den Globalen Süden auswirkt; was es für

lokale Wirtschaften bedeutet, wenn wir unsere Altkleider in afrikanische Länder schicken; oder die Thematik, dass Menschen vom Klimawandel betroffen sind, die nicht die Hauptverursacher waren.“

Keine explizite EZA

Zurück auf die Ebene der EU. Auch hier zeigt sich das Zusammenwachsen der Bereiche Migration und Entwicklungszusammenarbeit. So ist der frühere Europäische Entwicklungsfonds (EDF) im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 im außenpolitischen „Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und Internationale Kooperation“ (NDICI) aufgegangen. NDICI ist mit 79,5 Milliarden Euro ausgestattet. Für Entwicklungshilfe ist künftig kein eigenes Budget mehr vorgesehen. Rund ein Zehntel des neuen Instruments soll für Migrationsmanagement bestimmt sein. Zivilgesellschaftliche Akteur_innen kritisieren, dass Ziele der Entwicklungszusammenarbeit damit in den Hintergrund treten, und vorwiegend in Grenzkontrollen und die Externalisierung der EU-Außengrenzen investiert wird.

Ein Perspektivenwechsel lässt sich auch im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beobachten, so Federica Zardo, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Department für Migration und Globalisierung an der Universität für Weiterbildung Krems: „Migration ist zu einem Hot Topic bei den Verhandlungen über Handelsabkommen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit geworden“. Einerseits beharre die EU auf Konditionen, die mit Migrationsfragen verknüpft sind, wie etwa Rückübernahmeabkommen oder Grenzkontrollmaßnahmen. Gleichzeitig setzten Drittstaaten das Thema Migration wirksam in den Verhandlungen ein, um ihrerseits Ziele, wie visafreie Einreise oder ökonomische Unterstützung zu erhalten. „Auch wenn für Drittländer das Thema Migration oft keine große Rolle in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit spielte, wissen sie es als eine Art Widerstandsmittel gegen den Druck von Europa einzusetzen“, beschreibt Zardo.

In diesem Sinne habe wirtschaftliche Zusammenarbeit als Instrumente der Migrationspolitik an Bedeutung gewonnen. Ein

Beispiel sei das „Übereinkommen für eine Vertiefte und umfassende Freihandelszone“, das die EU mit Ländern aus Nordafrika, etwa Tunesien und Marokko, abschließen möchte. „Auf dem Papier ist es ein wirtschaftliches Abkommen, aber viele Prioritäten liegen hier deutlich auf Migrationsfragen“, beschreibt Zardo.

Die EU setzt aber auch auf Investitionen im Globalen Süden. Das EU-Investitionsprogramm „Global Gateway Initiative“, das 2021 beschlossen wurde und 300 Milliarden Euro an Investitionen aus staatlichen sowie privaten Quellen mobilisieren will, soll künftig Länder des Globalen Südens beim Aufbau wichtiger Infrastruktur und bei der Digitalisierung unterstützen. Das Programm folgt auf die chinesische Seidenstraßen-Initiative, durch die China seit 2013 seinen geopolitischen Einfluss ausbaut.

Weg nach Europa

Neben Wirtschaftsfragen und der EZA beschäftigt im Bereich Migration aber auch das Thema Asyl die EU-Mitgliedsstaaten. Inzwischen ist die Zahl der Asylanträge EU-weit auf 471.630 (2020) zurückgegangen, wie aus Daten des UNHCR hervorgeht. Die Zahlen sind – auch pandemiebedingt – auf ein Niveau ähnlich wie im Jahr 2013 gesunken.

Nina Gregori, Direktorin der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA), die die Mitgliedsstaaten bei der Zusammenarbeit im Asyl-Bereich unterstützt, betont die

Notwendigkeit eines effektiven gemeinsamen europäischen Asylsystems, das schnelle und faire Asylverfahren gewährleistet. „Wir brauchen rasche Verfahren, die nicht erst nach fünf Jahren abgeschlossen werden“, sagt Gregori. Sie gibt zu bedenken, dass die aktuelle Asyl-Zuerkennungsrate EU-weit bei rund 35 Prozent liegt. „Das heißt, bei fast zwei Dritteln der Menschen wird der Schutzstatus abgelehnt. Wir brauchen hier eine klare Kommunikation nach innen sowie nach außen, wer Schutz in Europa zugesprochen bekommt“, meint die EUAA-Direktorin. Gleichzeitig brauche es ernsthafte Überlegungen, wie Arbeitskräfte, die auf europäischen Arbeitsmärkten gebraucht werden, angesprochen und legale Migrationswege erleichtert werden können.

Gregori sieht hier neben den EU-Organen auch die Politiker_innen auf der nationalen Ebene in der Pflicht, diese Botschaften zu kommunizieren. Dem stimmt auch Petra Dannecker zu: „Es ist durch Studien belegt, dass die meisten westlichen Länder Migration schon allein aus demographischen und Arbeitsmarktgründen brauchen.“ Ohne Zuwanderung wäre die EU-Bevölkerung beispielsweise 2019 bei 4,2 Millionen Geburten und 4,7 Millionen Sterbefällen um eine halbe Million geschrumpft. „Es ist an der Zeit, die eigene Bevölkerung darauf vorzubereiten und deutlich zu machen, dass alle in vielfältiger Weise davon profitieren können“, fasst die Entwicklungssoziologin zusammen. ■



NINA GREGORI

Nina Gregori ist seit 2019 Direktorin der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA). Zuvor war sie über 20 Jahre im Innenministerium der Republik Slowenien tätig. Zuletzt Generaldirektorin für Asyl, Migration, Integration und interne Verwaltungsangelegenheiten.

Fotos: Zardo © privat; Gregori © European Union Agency for Asylum EUAA

ANZEIGE

See a different world

Securitas — weltweite Kompetenz in Sicherheit. Als Innovations- und Qualitätsführer hat sich Securitas auf die Entwicklung von maßgeschneiderten Sicherheitslösungen spezialisiert, die personelle Dienstleistung und High-End-Sicherheitstechnik zu individuellen Angeboten verbinden.

Securitas

PASSIERSCHENE



Obwohl die britische Monarchin in ihrem langen Leben zahlreiche Reisen durch den Commonwealth und die Welt unternommen hat, ist kein Reisepass auf Elizabeth Alexandra Mary Windsor ausgestellt.

Da Queen Elizabeth II. selbst diejenige ist, in deren Namen die britischen Reisepässe ausgestellt werden, benötigt sie selbst keinen, ist der Website des Königshauses zu entnehmen. Für ihre Familienmitglieder hingegen ist der Reisepass erforderlich.

VALID / NOT VALID

Migrationspolitik ist kein Wasserhahn

*Welche Möglichkeiten haben Staaten, Migration zu steuern? Welche Zukunftsszenarien sind zu erwarten? „upgrade“ sprach darüber mit **Matthias Czaika**, Leiter des Departments für Migration und Globalisierung an der Universität für Weiterbildung Krems.*

Interview: Milena Österreicher

Herr Czaika, inwiefern haben Staaten die Möglichkeit, in Migrationsbewegungen einzugreifen und diese zu steuern?

Migrationsteuerung ist in begrenztem Umfang und in bestimmten Bereichen möglich, etwa durch entsprechende Anpassungen in den rechtlichen Zugangsbedingungen im Bereich Asyl oder des Familiennachzugs. Es geht aber bei der Migrationssteuerung nicht nur darum, Zuwanderung durch Restriktionen zu reduzieren oder zu verhindern. Die Anwerbung bestimmter Personengruppen oder von Fachkräften, die man aus kurz- oder langfristigen ökonomischen Gründen für notwendig erachtet, stellt ebenso eine migrationspolitische Herausforderung dar.

Wie sieht es im europäischen Kontext mit der Anwerbung von Fachkräften aus?

Die Evidenz zeigt, dass viele Staaten sich oftmals schwertun, spezifische Fachkräfte zu rekrutieren, sowohl im Bereich der Hoch-

qualifizierten als auch im Niedriglohnsektor. Ein aktuelles Beispiel aus Großbritannien: Boris Johnson sucht u. a. händeringend nach LKW-Fahrern, wofür er im Herbst 5.000 Arbeitsvisa, insbesondere für osteuropäische Arbeitskräfte, in Aussicht stellte. Die Nachfrage danach war jedoch sehr gering. Man sieht: Migrationspolitik ist kein Wasserhahn, den man nach Bedarf auf- und zudreht. Wenn man ihn aufdreht, heißt dies nicht automatisch, dass Menschen hereinströmen, und wenn man ihn zudreht, heißt es nicht, dass Menschen wegbleiben.

Von welchen Faktoren hängt die Migrationssteuerung ab?

Sie hängt neben rechtlichen und institutionellen Faktoren wie dem Vorhandensein regulärer Zugangswege auch von deren relativer Attraktivität im Vergleich zu Alternativen in anderen Ländern ab. Aber auch Faktoren wie die Anrechenbarkeit von Abschlüssen, die Existenz von sozialen >>



„Die Bevölkerungsentwicklung innerhalb der Europäischen Union hängt wesentlich von künftigen migrationspolitischen Szenarien ab.“

Mathias Czaika

fälschten Papieren und mit Hilfe von Schmugglern auf irreguläre Zugangswege zurück. Wichtig ist zu verstehen, dass diese Auswüchse durch migrationspolitische Einschränkungen erst geschaffen werden. Ökonomische Gründe würden ja grundsätzlich dafürsprechen, migrationspolitisch nicht allzu restriktiv zu agieren. Zudem haben wir Evidenz, dass restriktive Maßnahmen im Migrationsbereich zu nichtintendierten Wirkungen führen können.

Welche unerwünschten Folgen wären das?

Wenn man beispielsweise zirkuläre Migrationsregime, das heißt den wiederholt temporären Aufenthalt, durch die Einführung restriktiver Maßnahmen unterbricht, kann das auch die Rückkehr, die Teil eines zirkulären Migrationsprozesses ist, unterbinden. Ein Beispiel sind die Gastarbeiter_innen-Programme in den 60er, 70er Jahren. Die Menschen blieben normalerweise so lange, wie sie als Arbeitskräfte gebraucht wurden bzw. bis sie ihre ökonomischen Ziele erreicht hatten. Der durchschnittliche Aufenthalt waren ein paar wenige Jahre. Ein gutes Drittel der sogenannten Gastarbeiter_innen ist danach in die Heimatländer zurückgekehrt.

Als diese Programme mit der ersten Ölkrise eingestellt wurden, gab es für diese Menschen keinen regulären Zugang mehr

und transnationalen Kontakten und insbesondere die konjunkturelle und strukturelle Arbeitsnachfrage sind wesentliche Kriterien. Es ist wenig erfolgversprechend, mit allzu restriktiven migrationspolitischen Maßnahmen unerwünschte Zuwanderung auf einem geringen Niveau zu halten, wenn gleichzeitig eine massive strukturelle Nachfrage nach Fach- und Arbeitskräften besteht. Diese Nachfrage will versorgt werden und sie versorgt sich – wenn nicht regulär, dann eben oftmals irregulär.

Migrationsprozesse sind von einer gewissen inneren Dynamik geprägt, da Menschen, falls notwendig, auch Migrationszugangs-routen wechseln. Migration setzt sich daher meist fort, auch wenn migrationspolitisch eingegriffen wird. Menschen nehmen Boote, klettern über Zäune oder greifen mit ge-

zum westeuropäischen Arbeitsmarkt. Dadurch sind viele geblieben, denn Menschen, die sich nicht sicher sein können, dass sie auch ein zweites Mal zuwandern können, wenn sie es schon einmal geschafft haben, zögern zurückzugehen. Man nennt das in der Forschung „pushed into permanent settlement“. Als Folge der dauerhaften Ansiedlung sind dann die Familiennachzüge gestiegen, was dazu führte, dass nach 1973 die Zuwanderung aus den ehemaligen Entsendeländern dadurch sogar zugenommen hat.

Wenn politische Entscheidungsträger wollen, dass Menschen sich nicht dauerhaft ansiedeln, sondern nur temporär als Arbeitskräfte kommen, müssen reguläre Zugangswege, welche Anreize zur Zirkulation ermöglichen, geschaffen werden.

Werfen wir einen Blick in die Zukunft: Welche Szenarien der internationalen Migrationsprozesse erwarten uns?

Man kann hier nur Trends und grobe Szenarien beschreiben, aber keine exakten Zahlen nennen. Einerseits hat die Migrationsforschung noch nicht die Daten und auch nicht das theoretische und methodische Instrumentarium zur Verfügung, um verlässliche langfristige Prognosen anstellen zu können. Das kann man jedoch mit Wissenschaft und Forschung lösen.

Es bleibt aber die nicht reduzierbare Unsicherheit darüber, wie sich migrations-treibende Faktoren in Zukunft entwickeln werden. Zwar lassen sich gewisse demographische Entwicklungen relativ gut prognostizieren, etwa anhand relativ stabiler Geburten- und Sterberaten. Dennoch hängt die Bevölkerungsentwicklung innerhalb der Europäischen Union wesentlich von künftigen migrationspolitischen Szenarien ab.

Andere Faktoren, wie die Auswirkungen des Klimawandels, sind schwer berechenbar. Geschätzt wird, dass hunderte Millionen Menschen von den Auswirkungen des Klimawandels direkt betroffen sein werden. Die internationale Migration wird jedoch nicht in diesem Ausmaß zunehmen. Zum einen migriert der größte Teil der Menschen innerhalb der betroffenen Länder und Regionen, das heißt, die Binnenmigration wird weiter wesentlich ansteigen. Zum anderen ist und wird die lokale Adaption weiterhin

das dominierende Phänomen sein: Haushaltseinkommen werden diversifiziert, indem die landwirtschaftliche Produktionsweise angepasst wird oder einzelne Familienmitglieder saisonal oder temporär in urbane Beschäftigung migrieren.

Fakt ist aber auch, dass vielen Menschen die Möglichkeit fehlt, durch Migration den Auswirkungen des Klimawandels zu entkommen. Mit der möglichen Folge, dass ihr Verbleib im Ursprungsland aus humanitärer Sicht wegen der möglichen drastischen Entwicklungen wie Dürren oder Überflutungen eine größere Herausforderung für die Betroffenen darstellt als die Migration selbst.

Welche weiteren migrationstreibenden Faktoren werden eine Rolle spielen?

Andere Faktoren, wie etwa Konflikte, sind schwer zu prognostizieren, gleichzeitig aber ein wesentlicher Migrationsfaktor. Die Konfliktintensität und -inzidenz ist global gesehen in den letzten Jahrzehnten – besonders nach dem Ende des Kommunismus, dem Fall der Berliner Mauer sowie dem Ende vieler Stellvertreterkriege auf dem afrikanischen Kontinent – stark zurückgegangen. Derzeit ist allerdings wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Wie sich das in den nächsten Jahrzehnten entwickeln wird, ist schwer vorherzusagen.

Ist mit ähnlichen Fluchtbewegungen Richtung Europa, wie es im Jahr 2015 geschehen ist, zu rechnen?

Das schließe ich nicht aus, auch wenn man wohl gewisse Lehren hieraus gezogen hat. Denn man hätte das Ausmaß der damaligen Fluchtbewegung durchaus verhindern können. So ließ man nach Ausbruch des syrischen Konflikts Menschen, die nach Jordanien, in den Libanon und die Türkei geflüchtet waren, über einen langen Zeitraum unbeachtet und unterversorgt. Und als man die internationale Unterstützung sogar noch reduzierte, hatten sich die Lebensbedingungen in diesen Erstaufnahmeländern dramatisch verschlechtert, was die Menschen dann zum Weiterziehen bewegen hat. Die Prinzipien einer antizipierenden und proaktiven, über Europa hinausschauenden Migrationspolitik muss man in künftigen Krisen, die es mit Sicherheit geben wird, konsequent anwenden. ■

Univ.-Prof. Dr. **Mathias Czaika** ist ehemaliger Direktor des International Migration Institute an der Universität Oxford, Großbritannien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen u. a. die Triebkräfte und Dynamiken internationaler Migrationsprozesse, Migrationspolitik sowie Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften, Asylbewerbern und Flüchtlingen. Czaika ist Professor für Migration und Integration und leitet seit 2017 das Department für Migration und Globalisierung an der Universität für Weiterbildung Krems. Er promovierte an der Universität Freiburg, Deutschland, in politischer Ökonomie.



Im Fokus:
Das Department für
Migration und Globalisierung

Migration als soziale Realität verstehen

Das Department für Migration und Globalisierung versteht Migration als integralen Bestandteil komplexer Prozesse der Internationalisierung, Globalisierung und des sozialen Wandels. Es trägt wesentlich dazu bei, das allgemeine Verständnis von Migration als komplexes gesellschaftliches Phänomen und soziale Realität zu fördern und damit die gesellschaftliche Akzeptanz und politische Handlungsfähigkeit für migrationsbezogene Herausforderungen und Chancen zu unterstützen. „Bei gesellschaftlich stark diskutierten Themen wie Migration und Integration hat die Wissenschaft die Aufgabe, Fakten und wissenschaftlich fundierte Analysen zu liefern“, so Departmentleiter Univ.-Prof. Dr. Mathias Czaika.



Das Department ist intensiv in Forschung auf europäischer Ebene eingebunden. Derzeit werden sieben EU-Projekte u. a. im Programm Horizon 2020 durchgeführt.

Aufbau des Departments

ZENTRUM FÜR MIGRATIONS- UND GLOBALISIERUNGSFORSCHUNG

Im Fokus: Migrationsprozesse, Auswirkungen von Migration (auf Migrantinnen und Migranten selbst, auf Herkunftsgesellschaften und Aufnahmegesellschaften) sowie Fragen der Migrationspolitik

>> Koordination and Management des PhD-Programms Migration Studies

ZENTRUM FÜR GLOBALE KOMPETENZEN

Im Fokus:
Chancen und Herausforderungen von Migration für die Gesellschaft und die dazu erforderlichen globalen Kompetenzen zu ihrer Steuerung.

Netzwerk und Kooperationen

- >> Aktives Mitglied im European migration research network IMISCOE
- >> International Migration Institute (IMI), Universität Amsterdam
- >> Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP)
- >> Enge Zusammenarbeit zum Thema Migration mit den Universitäten Innsbruck, Salzburg, Graz und Mozarteum Salzburg.
- >> Welt- und europaweite Kooperation mit Partnern im Rahmen von Forschungsprojekten und Auftragsstudien (COSME, Horizon 2020, Erasmus+, British Department for International Development [DFID], European Centre for the Development of Vocational Training [DFID])

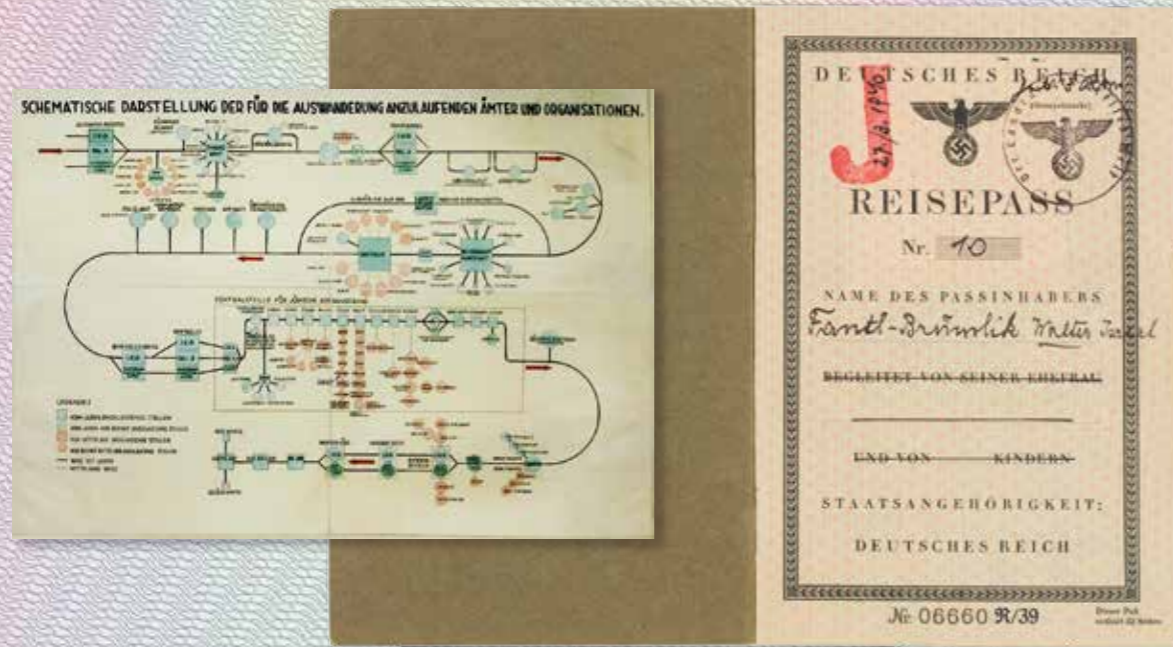
Lehre

- Masterprogramme in den Feldern**
- >> Migrations- und Integrationsmanagement
- >> Global Competences and Management
- >> Global Studies
- >> Migrant Entrepreneurship Support
- >> Das **PhD-Studium Migration Studies** umfasst derzeit Dissertationsprojekte zu Refugee Inclusion, Erwerbsintegration, Extraterritorial Interventions, Transferabkommen, Rückkehr, Migrationspolitik, Afghanische Diaspora, Migrationsgründe, Gender und Security.

Brennpunkte der Forschung

- >> **Zusammenhalt** Integration von Migrant_innen und Auswirkungen der Migration auf sozialen Zusammenhalt und Ungleichheit, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Bildung, Diaspora und Jugend.
- >> **Prozesse** Ursachen der Migration und transnationale Prozesse mit Schwerpunkt auf den dynamischen Wechselbeziehungen zwischen Migration, Globalisierung und Entwicklung sowie Konflikten.
- >> **Steuerung** Migrationspolitik und Governance von Migration und Integration mit Schwerpunkt auf Einwanderungs- und Integrationspolitik, Asyl- und Flüchtlingspolitik und Rückkehrmaßnahmen.

PASSIERSCHEINE



Ein rotes J ist in den Reisepass von Walter Israel Fantl-Brumlik gestempelt, gleich neben dem Hakenkreuz. Sein Vater beantragte 1940 die Befürwortung von Reisepässen für die gesamte Familie zwecks Auswanderung in die USA. Wie schwierig das Verlassen des Deutschen Reiches jüdischen Menschen trotz Pass gemacht wurde, zeigt das hürdenreiche Ausreiseschema. 1944 kam Walter Fantl in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. Er überlebte, als Einziger seiner Familie. Seine Dokumente und ein Gürtel, an den er sich als Hoffnungssymbol klammerte, sind im Haus der Geschichte in St. Pölten zu sehen.



Foto Reisepass: Museum Niederösterreich; Dank an Landessammlungen Niederösterreich; Eigentümer: Schematische Darstellung: Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

Integration im Kleinen

Geht es um Bedingungen gelungener Integration, wird vor allem auf den großstädtischen Bereich verwiesen. Doch wie sieht es mit der Eingliederung von Geflüchteten in ländlichen Regionen und kleineren Städten aus?

Von Valentine Auer

Es war der sogenannte „Sommer der Migration“ im Jahr 2015, der dazu führte, dass sich viele kleine Gemeinden in Österreich mit dem Thema Integration auseinandersetzen mussten. Europaweit verteilten Regierungen Menschen, die um Asyl ansuchten, auf das ganze Land und so auch außerhalb der großen Städte. Es entstanden zahlreiche Initiativen, die versuchten, diese Menschen zu unterstützen, Zivilgesellschaft und Solidarität blühten auf, genauso wie die politische Mobilisierung gegen Migrant_innen.

Und auch die Zahl der Forschungsprojekte, die sich mit dem Thema Integration auseinandersetzen, wächst seitdem. Viele Wissenschaftler_innen untersuchen Integrationsprozesse innerhalb größerer Städte. Weniger im Fokus liegen kleinere Gemeinden oder ländliche Regionen. Das länderübergreifende Projekt Whole-COMM soll das

ändern. In neun europäischen Staaten sowie in Kanada werfen Forschungsteams im Rahmen dieses Projektes einen Blick auf die Integration im Kleinen – konkret: auf kleine bis mittelgroße Städte sowie auf ländliche Regionen. Im Fokus stehen dabei Menschen, die seit 2015 nach Europa flüchteten.

„Im Projekt Whole-COMM wollen wir die Integration von Migrantinnen und Migranten nicht nur anhand ihrer Leistungen auf dem Arbeitsmarkt oder anderer traditioneller Indikatoren bewerten, sondern erfahren, wie sie ihren Integrationsweg und ihre Lebensqualität in der Aufnahmegesellschaft wahrnehmen“, fasst die wissenschaftliche Leiterin Tiziana Caponio das Projekt zusammen. Tiefgehende soziale Beziehungen sowie eine gute Lebensqualität sind für Caponio zentrale Elemente erfolgreicher Integration. Doch dafür müssen in einem ersten Schritt Grundbedürfnisse sichergestellt werden. >>

ISABELLA SKRIVANEK

Mag.^a Mag.^a Isabella Skrivanek ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Department für Migration und Globalisierung an der Universität für Weiterbildung Krems. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen u. a. im Bereich Arbeitsmigration, Sozial- und Integrationspolitik. Dazu schreibt sie auch ihre Dissertation (Arbeitstitel "Refugees and their impact on integration and welfare systems. Lessons from Austria")



ALBERT KRALLER

Mag. Dr. Albert Kraller ist Assistenzprofessor am Department für Migration und Globalisierung an der Universität für Weiterbildung Krems. In seiner Forschung beschäftigt er sich u. a. mit Migrationspolitik, Staatlichkeit und Flucht-migration. Siehe auch Portät S. 46.

Dazu zählt zum Beispiel Wohnraum. In manchen Regionen Mangelware und laut Isabella Skrivanek ein zentrales Hindernis für Integrationsprozesse. Skrivanek setzt sich im Rahmen von Whole-COMM mit Integrationserfahrungen in Tirol und Niederösterreich auseinander: „Vor allem in Tirol wird uns wiederholt berichtet, dass das Angebot leistbarer Mietwohnungen sehr begrenzt ist.“ Geförderte Wohnungen sind wie in den meisten Bundesländern oft mit einer Mindestaufenthaltsdauer oder mit einer EU-Staatsbürgerschaft verbunden und so für Geflüchtete nicht sofort zugänglich. Der private Sektor hingegen ist kaum leistbar.

Fehlt Wohnraum, gestaltet sich das Ankommen entsprechend schwierig. Mehr noch: Die Menschen ziehen wieder weg. Ein Trend, den Albert Kraller – ebenso Teil des österreichischen Forschungsteams – in Tirol genauso wie in Niederösterreich beobachtet: Nur noch wenige der Geflüchteten, die 2015 in den kleineren Ortschaften untergebracht wurden, leben heute noch dort. „Aus der Forschung kennen wir mehrere Faktoren, wieso Geflüchtete weiterziehen. Dass man zugewiesen wird und nicht freiwillig an diesem Ort lebt, ist so ein Faktor. Aber auch die Anziehungskraft von Netzwerken und das Vorhandensein migrantischer Communitys in den größeren Städten“, so Kraller.

Soziale Beziehungen prägen Integration

Schlechte Bedingungen also für gelungene Integration am Land? Ganz so einfach ist es laut den Expert_innen nicht. Birgit Glorius beschäftigte sich bereits im Rahmen unterschiedlicher Projekte mit diesem Thema. Sie erinnert sich an einen Interviewpartner, der von „Integration als Haustürgeschäft“ sprach: „Sucht man einen Ausbildungsplatz für die Kinder, benötigt es am Land nicht unbedingt vermittelnde Institutionen. Stattdessen klingelt man bei den Nachbarn oder fragt den Vereinskumpel, der einen Handwerksbetrieb hat. Nachbarn oder Ehrenamtliche kompensieren oft auch die fehlende öffentliche Verkehrsanbindung. Sie fahren die Kinder zum Fußballtraining oder die Mutter zum Arzt“, illustriert Glorius, die am Projekt Whole-COMM mitarbeitet. Statt auf

„Da ich Integration als Teilhabe an der Gesellschaft verstehe, existieren am Land also prinzipiell gute Voraussetzungen für einen erfolgreichen Integrationsprozess.“

Albert Kraller

staatliche Institutionen oder NGOs, wird in ländlichen Gebieten stärker auf gegenseitige Unterstützung gesetzt: Nachbarschaftshilfe, Gefälligkeiten, die im lokalen Sport- oder Theaterverein verhandelt werden, ein kurzer Tratsch am Gartenzaun – „Haustürgeschäft“ eben.

Diese Art der gegenseitigen Hilfe prägt die Verfasstheit zwischenmenschlicher Beziehungen und Integrationsprozesse, erklärt Kraller: „Die Verbindungen, die Menschen zueinander haben, sind zentrales Element für Gesellschaftlichkeit und Integration. Urbane Räume sind meist von einer Vielzahl von schwachen Verbindungen geprägt. In ruralen Regionen gibt es zwar weniger Beziehungen, dafür aber tiefere. Da ich Integration als Teilhabe an der Gesellschaft verstehe, existieren am Land also prinzipiell gute Voraussetzungen für einen erfolgreichen Integrationsprozess.“

Prinzipiell. Denn die Nähe zu Nachbar_innen und zur Dorfgemeinschaft kann Integration auch negativ beeinflussen. Einerseits könnten sich Abhängigkeitsverhältnisse entwickeln, selbstständiges Handeln wird

so erschwert. Andererseits kommt eine Art soziale Kontrolle dazu: Würde der Müll rechtzeitig auf die Straße gebracht? Ist der Balkon ordentlich aufgeräumt? Wie sieht es im Garten aus? Fragen, die nahezu banal scheinen. Aus Interviews mit Migrant_innen weiß Glorius jedoch, dass ebensolche Bewertungen die Betroffenen stark belasten können: „Unsere Gesprächspartner erzählen uns, dass sie das Gefühl haben, unter ständiger Beobachtung zu stehen. Das ist eine rassistische Kategorie. Das Verhalten von Menschen, die als ‚anders‘ identifiziert werden, wird permanent bewertet.“

Individuelle Integrationspolitiken

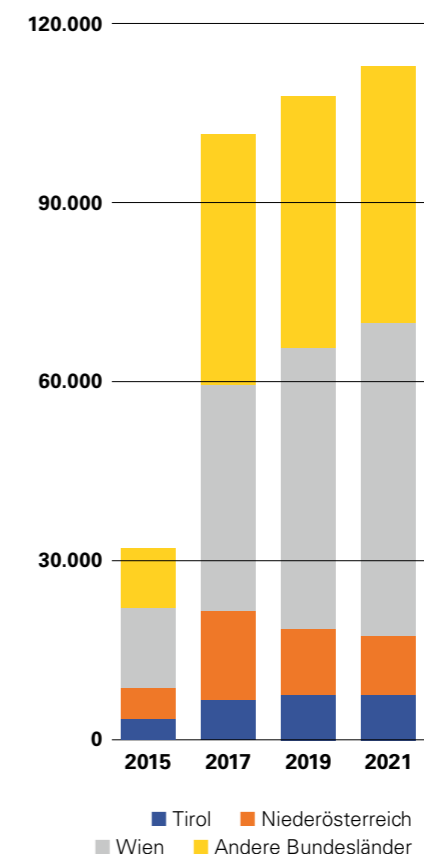
Eine ähnliche Ambivalenz zeigt sich bei der Frage, wie Integrationspolitiken in ländlichen Regionen gestaltet werden. Denn wie jene Menschen, mit denen man – oftmals gezwungenermaßen – den Alltag verbringt, können auch Bürgermeister_innen und andere politische Verantwortliche unterstützend wirken, aber auch hinderlich. Parteizugehörigkeit tritt dabei oftmals in den Hintergrund. „Da in Großstädten das Netz der Personen und Einrichtungen, die sich mit Migrationsfragen befassen, viel breiter als am Land ist, spielt das Individuum politischer Verantwortlicher am Land eine größere Rolle“, erklärt Caponio.

Natürlich gibt es diesbezüglich auch parteipolitische Grenzen, in Deutschland, wie in Österreich. Kraller betont, dass das Projektteam in der Forschung zur kommunalen Integrationspolitik noch am Anfang steht. Ein erster Gegensatz zwischen Tirol und Niederösterreich zeige sich dennoch: „In Tirol gibt es relativ langjährig etablierte Strukturen auf Landesebene. Die Zivilgesellschaft und NGOs werden von der Politik eingebunden. Anders sieht es in Niederösterreich aus. Dort wird Integration vom zuständigen Landesrat vor allem aus einer problemorientierten Perspektive besprochen.“ Ein zentraler Unterschied zwischen den beiden Bundesländern infolge der Kompetenzzuordnung der Integrations-Agenden. Ob und wie dadurch Integration auf Gemeindeebene beeinflusst wird, ist noch unklar und wird Gegenstand weiterer Forschung sein.

Klar ist, dass sich das Gegensatzpaar Land – Stadt in puncto Integration nicht bilden lässt. Zu viele Faktoren beeinflussen die Eingliederung von Geflüchteten. Darin sind sich die Expert_innen einig. Zugänge zu einem menschenwürdigen Leben und Möglichkeiten für gesellschaftliche Teilhabe benötigt es in der Stadt genauso wie am Land. „Lebenssituationen sind unterschiedlich“, fasst Skrivanek abschließend zusammen, „je nach individueller Situation können sowohl das städtische als auch das ländliche Umfeld Lebenschancen und Etablierungsmöglichkeiten bieten. Die Frage ist, ob die Teilhabechancen ermöglicht und entsprechende Zugänge geschaffen werden.“ ■

Integration

Ballungszentren als Magnet für Geflüchtete



Die Verteilung von Geflüchteten (Syrien, Afghanistan, Irak) hat sich seit 2015 vom ländlichen Raum stark zugunsten von großen städtischen Zentren wie Wien verschoben.



BIRGIT GLORIUS

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Birgit Glorius ist Professorin für Human-geographie mit dem Schwerpunkt Europäische Migrationsforschung an der TU Chemnitz. Sie beschäftigt sich mit Fragen der Regionalentwicklung sowie mit Themen der Migrationsforschung.



TIZIANA CAPONIO

Tiziana Caponio hält einen PhD in Politikwissenschaft und ist außerordentliche Professorin an der Universität Turin sowie Marie-Curie-Forschungsstipendiatin am Migration Policy Institute. Sie arbeitet zu den Themen Migrationspolitik und Politikgestaltung.

Quelle: Universität für Weiterbildung Krems, eigene Berechnungen

PASSIERSCHENE



2013 erhielt der französische Schauspieler Gérard Depardieu den russischen Pass und eine russische Staatsbürgerschaft. Die Empörung des Franzosen über die Einkommenssteuerpläne seines Geburtslandes – er verlegte zunächst seinen Wohnsitz nach Belgien und kündigte die Abgabe der französischen Staatsbürgerschaft an – griff der russische Präsident Wladimir Putin auf und bot ihm auf einer Pressekonferenz das russische Reisedokument an. Im Jänner 2013 kam Putin der offiziellen Beantragung der Dokumente durch Depardieu mittels Präsidentenerlass nach.

VALID / NOT VALID

Wir brauchen ein Welcome-Service

Vor über zehn Jahren wurde die Rot-Weiß-Rot-Karte installiert, um besonders Hochqualifizierte und Schlüsselkräfte ins Land zu holen. Das Instrument hat sich bewährt, muss aber dringend überarbeitet werden: weniger Bürokratie, schnellere Abläufe, zielgenaue Kriterien.

Von Gunnar Landsgesell

Vor mehr als zehn Jahren haben die Wirtschaftskammer Österreich, die Industriellenvereinigung und die IOM (International Organisation for Migration) ein Konzept entwickelt, um Hochqualifizierte und Schlüsselkräfte aus Drittstaaten anzusprechen. Es ging darum, Fachkräfte in Mangelberufen zu rekrutieren, die der Wirtschaft dringend fehlten. Das Tool nannte man Rot-Weiß-Rot-Karte, kurz RWR. Als Vorbild dienten Zuwanderungsländer wie Kanada, Australien und Neuseeland.

Zehn Jahre später fällt die Bilanz grundsätzlich positiv aus. Die nackten Zahlen zeigen, es hat sich etwas bewegt: Wurden im ersten Jahr 600 RWR-Karten vergeben, waren es im vergangenen Jahr rund 2.400

(gesamter Bestand: 4.700). Darüber hinaus besitzen heute 102.000 Menschen eine RWR-Karte+. Die Karte mit dem „plus“ erhält man nach zwei Jahren Niederlassung in Österreich, die Familienmitglieder erhalten sie automatisch. Der Aufenthalt ist auf maximal drei Jahre befristet, bindet einen aber nicht mehr an jenen Arbeitgeber, über den man ins Land gekommen ist. So weit die Zahlen. Trotz einiger kleinerer Korrekturen über die Jahre häufen sich aber die Forderungen nach einer größeren Reform: Die Kritik ist umfassend: Die Anforderungen sind zu eng formuliert, die bürokratischen Abläufe lähmend, das solchermaßen nicht ausgeschöpfte Potenzial ist beachtlich.

In der WKO sieht man, dass sich das System grundsätzlich bewährt hat. „Das >>



JULIA MORENO-HASENÖHRL

Mag.^a Julia Moreno-Hasenöhr ist Abteilungsleiter-Stellvertreterin der Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit in der Wirtschaftskammer Österreich. Zu ihrem Arbeitsbereich gehören die Themen Fachkräftesicherung, New Work, qualifizierte Zuwanderung, Integration, Mentoring für Migrant_innen.



GUDRUN BIFFL

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Gudrun Biffel ist Arbeitsökonomin sowie Wirtschafts- und Migrationsforscherin. Sie arbeitete lange am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und hielt bis 2017 eine Professur an der Universität für Weiterbildung Krems. Zahlreiche Projekte und Publikationen zu den Themen Arbeitsmarkt, Bildung, Migration und Integration, Gender und Institutionenwandel.

Haus steht auf einem guten Fundament“, sagt Julia Moreno-Hasenöhr, von der Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit. „Doch jetzt muss man noch ein paar Dinge am Haus entwickeln und verbessern.“ Es sei eine jahrelange Forderung der WKO an die Regierung, „dass man die Verfahren beschleunigt und auch digitalisiert. Mit der vorhandenen Bürokratie stellen wir uns leider immer noch ein Bein. Wichtig wäre, dass die Verfahren transparent ablaufen, dass telefonische Auskunft möglich ist und dass man erfährt, ob zum Beispiel noch ein Dokument fehlt, so dass man das rasch nachreichen kann. Auch hier wären digitalisierte Abläufe wichtig, weil vieles immer noch mit der Diplomatenpost aus den Herkunftsländern nach Österreich geschickt wird. Da gilt es, schneller zu werden.“ Das sei auch insofern wichtig, als Österreich in einem internationalen Wettbewerb um die besten Talente stehe. „Mittlerweile gibt es in ganz Europa und den USA einen Fachkräftemangel, ein regelrechter ‚war for talent‘ ist in vollem Gange“, so Moreno-Hasenöhr. Für Österreich bedeute das erstens, auf sich aufmerksam zu machen und zweitens, ein rasches und effektives System zu installieren.

„Mittlerweile gibt es in ganz Europa und den USA einen Fachkräftemangel, ein regelrechter ‚war for talent‘ ist in vollem Gange.“

Julia Moreno-Hasenöhr

Tatsächlich gibt es bereits einen Ministeratsvortrag für weitere Adaptionen, noch

befindet man sich aber mit der Erstellung einer neuen Plattform, die alle Abläufe zentralisiert, in der Warteschleife. Unklar scheint auch die Rolle der Austrian Business Agency (ABA), die als Agentur für Betriebsansiedelungen zuständig sein soll. Soll sie künftig auch Schlüsselkräfte vermitteln? Gudrun Biffel, Arbeitsökonomin, zeigt sich skeptisch. „Falls das wirklich über die ABA laufen soll, glaube ich gar nicht, dass es dort schneller geht, weil man dort auch das AMS einbeziehen muss. Die ABA ist nur die Brücke zwischen dem AMS und den Betrieben. Während im AMS schon eine gewisse Expertise aufgebaut wurde, muss die in der ABA erst entwickelt werden.“ Biffel glaubt, dass auf diese Weise Strukturen nicht effizienter, sondern komplizierter würden.

Neue Ideen über Zuwanderung

Ganz grundsätzlich spricht sich die Wirtschafts- und Migrationsforscherin für eine deutliche Stärkung des Instruments der RWR-Karte aus und streicht neben den ökonomischen auch die Vorteile hinsichtlich neuer Ideen über Zuwanderung heraus. „Innovation“, so Biffel, „findet dort statt, wo Menschen ihre Köpfe zusammenstecken. Auch die Österreicher_innen werden innovativer, wenn sie mit jemandem zusammenarbeiten, der anders denkt und tickt, und aus einer Kultur kommt, die neue Denkansätze hereinbringt.“ Deshalb sei es dringend nötig, bei der RWR-Karte an mehreren Schrauben zu drehen. Wichtig wäre, hochqualifizierte Arbeitskräfte aktiv anzuwerben. Über Botschaften funktionieren das zu langsam und zu umständlich, internationale Agenturen würden sich als Drehscheiben besser eignen. Aber auch die Website migration.gv.at sei viel zu rigide und nicht sehr einladend formuliert. Biffel: „Man braucht ein Welcome-Service, das jeden potenziellen, hochqualifizierten Zuwanderer unterstützt. Man muss den Leuten schon das Gefühl geben, dass man sie hier unbedingt haben möchte.“ Nicht zuletzt gelte es, die eigenen Vorgaben zu überdenken: Einige Kriterien, etwa das Einkommen im Herkunftsland, hält Biffel für „naiv“. „Wenn ich jemanden aus Afrika, aus Russland oder auch Südamerika haben

möchte, dann sind das eventuell ‚brilliant minds‘, die aber kein großes Einkommen vorweisen können. Oder will ich nur die Reichen? Aber die kriege ich nicht, die spielen schon in ihrem Land in der Oberliga.“ Zu überdenken wäre also, welche Personen man genau ansprechen möchte, und wie man die dazu passenden Kriterien formuliert.

Scheitern am Punktesystem

Die Rot-Weiß-Rot-Karte sieht ein Punktesystem vor, über das man sich u. a. als besonders Hochqualifizierter, als Fachkraft in Mangelberufen, als Schlüsselkraft oder als Start-up-Gründer_in qualifizieren kann. Hakan Kilic, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Department für Migration und Globalisierung, hat den Punkterechner selbst ausprobiert – und ist an den Anforderungen gescheitert. „Ich habe meine Daten eingegeben, als hätte ich nicht in Österreich studiert, sondern wäre in der Türkei. Aber ich erreiche die Punkteanzahl nicht. Man muss ja mindestens 70 Punkte haben. Ich lande bei 65 Punkten. Der Punkterechner ist sehr komplex aufgebaut, die Fragen, die hier gestellt werden, sind nicht immer schlüssig. Würden Publikationen in Fachzeitschriften zählen, wenn sie nicht auf Englisch, sondern auf Türkisch wären? Oder ist es wirklich zielführend, strikte Altersgrenzen einzuziehen? Mit 35 Jahren bin ich noch im Rennen, mit 36 Jahren falle ich heraus. Sollte die Beurteilung nicht primär durch geschultes Personal erfolgen? Solche Pauschalisierungen sind jedenfalls problematisch, weil hier nicht auf die individuellen Ressourcen von Menschen eingegangen wird. Der Punkterechner müsste dringend überarbeitet werden.“

Am stärksten hakt es laut Kilic derzeit aber an der Umsetzung, an den behördlichen Regelungen, an der Bürokratie, am Mangel an Flexibilität. „Wenn man eine Aufenthaltsgenehmigung, eine Arbeitserlaubnis und viele weitere Dokumente braucht, man dafür von Behörde zu Behörde muss, dann bedeutet das einen enormen Verwaltungsaufwand. Und es kostet Zeit. Das Regelwerk gibt als Zeitrahmen acht Wochen vor, das ist aber einfach nicht machbar. Sobald eine Kopie schlecht lesbar ist, wandert der Akt

schon wieder ganz unten in den Stapel.“ In den Medien wurde von IT-Unternehmen berichtet, die Arbeitskräfte nach Österreich holen wollten, sie brauchten dafür fünf bis sechs Monate. In Deutschland sei das, so Kilic, in wenigen Tagen, maximal in ein bis zwei Wochen abgewickelt. Probleme sehe man auch bei Uni-Absolvent_innen aus Drittstaaten. Weniger als 20 Prozent bleiben in Österreich. Das habe mit bürokratischen Hürden, aber auch mit geforderten Einkommen zu tun. „Ein frisch gebackener Uni-Absolvent, der mehr als 2.000 Euro netto verdienen soll, das ist nicht unbedingt alltäglich in Österreich.“ Auch wenn schon einiges

„Mit Migration entstehen mehr Beschäftigung und höhere Produktion, die Steuereinnahmen steigen, Innovation wird angekurbelt.“

Hakan Kilic

reformiert wurde, sei in der Art, wie man hochqualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben versucht, zu spüren, dass Migration in Österreich eigentlich negativ gesehen wird. Dabei seien die ökonomischen Vorteile statistisch belegt: „Mit Migration entstehen mehr Beschäftigung und höhere Produktion, die Steuereinnahmen steigen, Innovation wird angekurbelt. Das sieht man auch in den USA, wo die Spitzenplätze der wertvollsten und innovativsten Unternehmen eben nicht nur von Amerikanern besetzt sind.“ ■

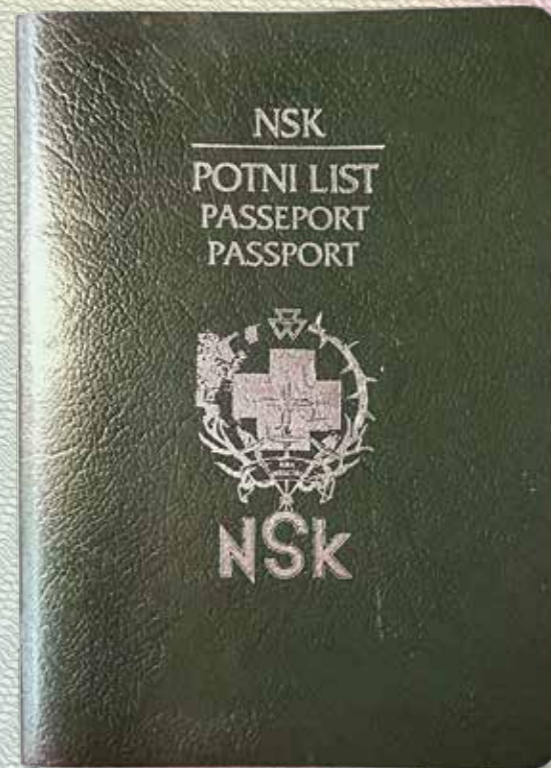
Gunnar Landsgeßell ist Chefredakteur von „MO – Magazin für Menschenrechte“.



HAKAN KILIC

Mag. Hakan Kilic ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Department für Migration und Globalisierung der Universität für Weiterbildung Krems. Er studierte Politikwissenschaft an der Universität Wien. Er forscht im Rahmen seiner Dissertation zum Thema Rückkehrmigration von hochqualifizierten türkischstämmigen Personen von Österreich in die Türkei.

PASSIERSCHENE



Wer den Staat NSK auf der Landkarte finden möchte, wird vergeblich suchen. Hinter der Idee steht das slowenische Künstlerkollektiv „Neue Slowenische Kunst“, das sich 1992 in einen Staat ohne Grenzen und Territorium umwandelte. Durch seine Internetpräsenz wurden auch fluchtbereite Menschen auf den Pass aufmerksam. So beantragten in den frühen 2000er Jahren zahlreiche Menschen aus Nigeria die NSK-Staatsbürgerschaft in der Hoffnung auf ein Leben in Europa. In den 1990er Jahren soll es Personen sogar gelungen sein, mit dem NSK-Pass Grenzen erfolgreich zu passieren.

VALID / NOT VALID

Foto: NSK/Gruppe IRWIN

Wohin und zurück

Tausende Migrant_innen entscheiden sich jedes Jahr dafür. Die Rückkehrberatung und Reintegrationsprogramme versuchen sie dabei zu unterstützen. Eine Dissertation leuchtet jetzt Erfolg, Gründe und Verlauf der freiwilligen Rückkehr aus.

Von Eva Maria Bachinger

Ein Sprichwort sagt, dass eine Enttäuschung auch ein Segen sein kann“, so Samuel O. aus Nigeria. Er kam nach Österreich, erhielt negative Asylbescheide und die Aufforderung zurückzukehren. Er entschied sich für eine freiwillige Rückkehr. „Es war nicht einfach zurückzukehren, aber ich kann nun zumindest für meine Familie sorgen und habe Arbeit.“ Mit Hilfe des Reintegrationsprogrammes der Caritas konnte er ein kleines Geschäft in Nigeria gründen.

Jährlich kehren laut Innenministerium 5.000 bis 6.000 Personen freiwillig aus Österreich in ihre Herkunftsländer zurück. 2020 waren es rund 4.500, 2021 Pandemiebedingt nur etwa 2.500. 2015, als die Flüchtlingskrise am Höhepunkt war, haben laut Statistik des Innenministeriums 88.340 Personen um Asyl in Österreich angesucht,

2020 waren es 14.775. Grundsätzlich ist es so: Wenn ein Asylverfahren rechtskräftig negativ entschieden ist, ist man zur Ausreise verpflichtet, ansonsten droht die Abschiebung. Die Rückkehrberatung wurde früher von der Caritas und dem Verein Menschenrechte Österreich geleistet, seit einem Jahr ist sie verstaatlicht und bei der BBU GmbH – Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen angesiedelt. Die BBU informiert über eine freiwillige Rückkehr und allfällige Unterstützungsleistungen bzw. über die Konsequenzen, sollte der Rückkehr nicht nachgekommen werden. Beratung kann aber nicht nur in dieser Lage in Anspruch genommen werden, sie steht jederzeit interessierten Fremden offen, die legal in Österreich aufhältig oder in einem aufrechten Asylverfahren sind.

„Die meisten der rund 65 Mitarbeiter_innen kommen aus den beiden NGOs. >>



MICHAEL HAJEK

Mag. Michael Hajek leitet den Geschäftsbereich „Rückkehrberatung und Services“ in der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistung BBU GmbH, davor die Fachstelle „Integration, Migration und Asyl“ bei der Caritas Österreich. Er hat in Wien und Stockholm Politikwissenschaft studiert.

Wir mussten somit als neu entstandene Organisation nicht bei null starten, es ist viel Expertise vorhanden“, so BBU-Leiter Michael Hajek. Insofern seien die Herausforderungen derzeit nicht so sehr inhaltlicher Art, sondern man habe in Zeiten der Coronapandemie operative Probleme zu meistern: Flüge werden storniert, Einreise- und Quarantänebestimmungen ändern sich ständig, der organisatorische Aufwand einer Ausreise ist insgesamt um ein Vielfaches höher als früher.

Keine Abschiebungen

Mit der Durchführung von Abschiebungen hat die Rückkehrberatung der BBU nichts zu tun. Klient_innen, die sich für eine freiwillige Ausreise entscheiden, werden bei Bedarf organisatorisch unterstützt, reisen

jedoch selbstständig aus. Für Klient_innen kann, neben der Beratung und organisatorischen Unterstützung, auch finanzielle Starthilfe von bis zu 900 Euro pro Person beantragt werden. Dieser Betrag wird vor der Ausreise, in Österreich, ausgezahlt. „Es ist wichtig, zu betonen, dass jeder Klient sich zu jedem Zeitpunkt wieder gegen die freiwillige Ausreise entscheiden kann. Die Klienten werden in diesem Fall auch über mögliche Konsequenzen informiert und der Ausreiseprozess wird abgebrochen“, erklärt Hajek.

Ihm ist wichtig, Vorurteile auszuräumen und falsche Annahmen klarzustellen: „Ich möchte die Rückkehrberatung als das positionieren, was sie ist. Es geht darum, Personen, die zur Ausreise verpflichtet sind, umfassend zu beraten und zu unterstützen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es ist natürlich eine schwierige Situation für viele Klienten. Wir müssen Verständnis dafür haben, in welcher Lage die Betroffenen sind, aber wir können behördliche Entscheidungen nicht ungeschehen machen. Wir wollen jedenfalls niemanden in eine bestimmte Richtung drängen“, betont Hajek. Die Erfahrung sei, dass sich viele Klient_innen lange Zeit nicht mit der Möglichkeit einer freiwilligen Rückkehr auseinandergesetzt haben und sich damit erst vertraut machen müssen, wenn die Verpflichtung einer Ausreise konkreter wird.

Unterstützung im Herkunftsland

Zusätzlich gibt es ein individuelles Reintegrationsangebot: Wenn sich eine Person dazu entschließt, zurückzukehren, wird sie von der Caritas im Rahmen des Reintegrationsprogrammes, das es seit 2016 gibt, unterstützt. „Wir arbeiten nur mit Personen, die freiwillig zurückkehren. Wir unterstützen vor allem vulnerable Gruppen wie Menschen mit Behinderung oder Frauen mit Kindern“, schildert Leiterin Zsuzsanna Réka Fodor. Die Gründe für eine Rückkehr sind vielfältig: Todesfall in der Familie im Herkunftsland, wodurch sich die familiären Strukturen verändern, Veränderung der politischen Situation oder einfach die Aufgabe des Lebens in Österreich, die Sehnsucht nach der alten Heimat. Mitunter kehren deshalb auch Personen zurück, die mehr

als 20 Jahre in Österreich verbracht haben. Dementsprechend schwierig kann der Neubeginn im alten Zuhause sein.

Die Caritas vermittelt die Rückkehrer_innen zu Partnerorganisationen vor Ort. Es wird geklärt, welche Unterstützungen nötig sind. Das kann sozialarbeiterische Begleitung sein bei Behördengängen, um alle Dokumente wieder zu bekommen, Vermittlung von Notunterkünften oder Hilfe bei der Suche nach Schulen für die Kinder. 3.000 Euro in Form von Sachleistungen werden jeder Familie gewährt. Damit können medizinische Behandlungen finanziert werden, eine Ausbildung oder der Start eines kleinen Unternehmens.

Die Caritas kann aus einem Pool von NGOs in mehr als 40 Ländern schöpfen, oft handelt es sich dabei auch um Caritas-Einrichtungen. Die meisten Rückkehrer_innen reisen in Staaten wie Russland, Indien, Armenien, Mongolei, Gambia oder Kirgistan zurück. Zur Kritik, dass bei drohender Abschiebung keine Rede von „freiwilliger“ Rückkehr sein kann, meint Fodor: „Natürlich gibt es auch eine Rückkehr aufgrund drohender Abschiebung, aber dann ist es immerhin auch eine Entscheidung, freiwillig zurückzukehren, bevor es zur zwangswise Abschiebung kommt. Insbesondere in dieser oft prekären Lebenssituation ist die Unterstützung und Beratung noch von größerer Bedeutung.“

Viele werden es wieder versuchen

Simona Schreier arbeitet derzeit an ihrer Doktorarbeit „From returning back to reintegration? A focus on Nigeria“ im Department Migration und Globalisierung an der Universität für Weiterbildung Krems. Die meisten Migrant_innen und Flüchtlinge, mit denen sie bisher gesprochen hat, haben Rückkehrberatung erst nach einem negativen Asylbescheid in Anspruch genommen, berichtet die Forscherin. „Die Möglichkeiten, in Österreich zu bleiben, sind nach einem negativen Asylbescheid sehr gering.“ Für bestimmte Fälle wie zum Beispiel langfristig irregulär aufhältige Migrant_innen könnte eine Regularisierung erteilt werden, entweder durch eine Niederlassungsbewilligung oder eine Rot-Weiß-Rot-Karte plus.

„Der Erfolg einer Rückkehr und von Reintegration hängt auch stark mit der Entwicklung im Land zusammen.“

Simone Schreier

„Viele wollen nicht zurückkehren, weil sie so viel investiert haben. Sie sind nach Österreich gekommen mit der Hoffnung, dass sie sich hier ein besseres Leben aufbauen können. Viele tauchen deshalb auch unter und gehen in ein anderes europäisches Land“, erklärt Schreier. Nigeria hat mit nur etwa drei Prozent eine niedrige Asyl-Anerkennungsquote, gerade für Nigerianer sei es aber sehr schwierig, zurückzukehren, weil sie keine Perspektive in ihrem Herkunftsland sehen. Schreier stellt im Gegensatz zu Hajek fest, der hier keine Unterschiede sieht, dass die Rückkehr und Reintegration mit manchen Ländern besser funktioniere als mit anderen. Georgien sei so ein Beispiel, ein Negativbeispiel hingegen Nigeria.

Schreier plädiert dafür, mehr legale Wege nach Europa zu ermöglichen, um illegale Versuche zu minimieren. „Viele Migranten und Flüchtlinge, die abgeschoben wurden, werden es wieder versuchen, auch wenn die Hürden sehr hoch sind, nach Europa zu kommen, und es ja auch in Österreich schwierig ist, Fuß zu fassen.“ Zudem sei es nötig, Projekte der Entwicklungszusammenarbeit auszubauen. „Denn der Erfolg einer Rückkehr und Reintegration hängt auch stark mit der Entwicklung im Land zusammen.“ ■



ZSUZSANNA RÉKA FODOR

Zsuzsanna Réka Fodor, MA hat an der Diplomatischen Akademie Wien studiert. Ihr beruflicher Fokus liegt auf Asylwesen, Integration und internationale Zusammenarbeit. Seit fünf Jahren arbeitet sie bei der Caritas Österreich im Bereich Rückkehr und Reintegration.



SIMONA SCHREIER

Simona Schreier, MLAW hat einen Master in Strafrecht von der Universität Lausanne. Durch ihre Arbeit für internationale Organisationen hat sie umfangreiche Erfahrungen mit Verbrechensprävention und Menschenrechtsfragen gesammelt, insbesondere im Menschenhandel.

5.000 BIS
6.000
MENSCHEN KEHREN
PRO JAHR IM
DURCHSCHNITT
FREIWILLIG
AUS ÖSTERREICH
IN IHRE HERKUNFTS-
LÄNDER ZURÜCK.

Quelle: Bundesministerium für Inneres

Fotos: Hajek © feelimage Matern; Schreier © Andrea Reischer; Fodor © Caritas

PASSIERSCHEINE



Ausgehöhlter Flüchtlingsschutz

Das restriktiv gestaltete Asylrecht der EU lässt Schutzsuchende kaum noch auf europäischen Boden. Krisen wie jene in Afghanistan lassen Resettlement-Programme und humanitäre Aufnahme als effektive Maßnahme erscheinen.

Von Gunnar Landsgeßell

Die Bruchlinien im europäischen Asylsystem sind nicht zu übersehen: Berichte über illegale Pushbacks an den EU-Außengrenzen; die Weigerung, Asylwerber_innen nach einem Verteilungsschlüssel EU-weit gerecht aufzuteilen; Bestrebungen, Europa zur „Festung“ auszubauen, während Betroffene kaum noch legal auf europäischem Boden ankommen können, um um Asyl anzuschauen. Die europäische Asylpolitik bzw. ein Ringen um eine solche, hat die parteipolitische Landschaft gestaltet wie wohl kein anderes Thema und ist im öffentlichen Diskurs nur vorübergehend von der Pandemie überdeckt. Im Sommer 2020 erklärte die EU-Kommission, was schon lange klar war: „Das derzeitige System funktioniert nicht mehr.“ Seither wird über einen neuen „Pakt“ für ein „umfassendes europäisches Migrationskonzept“ verhandelt. Ziel ist u. a., verbesserte und schnellere Verfahren, verstärkte

Vernetzung und ein „berechenbares Migrationsmanagement“ anstatt Ad-hoc-Lösungen. Wie ein neuer Konsens erzielt werden kann, bleibt abzuwarten. Offensichtlich wurde seit der großen Flüchtlingsbewegung im Jahr 2015, dass es innerhalb Europas an Solidarität fehlt, während nach außen abgeschottet wird. Christoph Pinter, Büroleiter von UNHCR-Österreich, sagt: „Wir betrachten die Tendenz von Staaten mit Sorge, die versuchen, zu verhindern, dass Flüchtlinge Zutritt zum Hoheitsgebiet und zum Asylverfahren haben. Es ist ein Grundprinzip des internationalen Flüchtlingsschutzes, zu prüfen, wer an meine Tür klopft und ob die Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllt werden.“ Derzeit könne man erleben, wie das System des internationalen Flüchtlingsschutzes zunehmend ausgehöhlt werde, so Pinter. Dass restriktive Politiken innerhalb der EU sich nicht unbedingt kohärent zu globalen Krisen- oder Kriegsszenarien verhalten, darauf weist Martin Wagner vom >>

Seit es Reisepässe gibt, wird darin das Merkmal Geschlecht festgehalten. „weiblich“ oder „männlich“ sind Standard. Der Reisepass von Alex Jürgen steht dabei für eine markante Weiterentwicklung: Alex Jürgen erhielt 2018 den ersten österreichischen Reisepass mit dem Geschlechtseintrag X für Trans- oder Inter-geschlechtlichkeit. Er kämpft wurde diese dritte Kategorie mit einer Klage 2018 vor dem Verfassungsgerichtshof, der seine Entscheidung mit dem Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention – dem Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens – begründete.



Foto: Dank an Haus der Geschichte Österreich



HEIDRUN BOHNET

Ass.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Heidrun Bohnet ist Assistenzprofessorin am Department für Migration und Globalisierung an der Universität für Weiterbildung Krems. Siehe auch Porträt S. 46.



CHRISTOPH PINTER

Dr. Christoph Pinter ist Leiter von UNHCR in Österreich. Er studierte Jus/Rechtswissenschaften in Graz und hat sich bereits in seiner Diplom- und Doktorarbeit mit Asyl- und Flüchtlingsrecht befasst.



MARTIN WAGNER

Martin Wagner ist Senior Policy Advisor for Asylum am International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) mit Schwerpunkt auf das europäische und internationale Flüchtlingsrecht. Zuvor hat er für verschiedene NGOs gearbeitet und mehrere vergleichende Studien zum europäischen Asylsystem erstellt.

International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) hin. Wagner sieht im Jahr 2015 eine einschneidende Phase, die zu Angst vor Verlust von Sicherheit geführt hat. „Seither sieht man“, so Wagner, „dass die erste Antwort der Politik meist ist, in einen Krisenmodus überzugehen. Auch wenn die Szenarien seither nicht so sind, dass diese Furcht berechtigt wäre. Man denke an die Grenzsituation zwischen Belarus und Polen, die zwar aufgrund der Instrumentalisierung von Menschen dramatisch war, wo die Zahl der Menschen an sich aber überschaubar war. Das gilt auch seit dem Abkommen zwischen der EU und der Türkei. Seither flüchtet man sich verstärkt in solche Abkommen oder strebt sie zumindest an.“ Wie ein kurzer Faktencheck zeigt, ist die Zahl an illegalen Grenzübertritten an den EU-Außengrenzen seit 2015 (bis 2020) stark gefallen. Für politische Rhetorik scheint vor allem das Jahr 2015 der Anknüpfungspunkt zu bleiben.

Umlenkung in Irregularität

Dass durch restriktive Politiken, wie etwa den Zugang zu Asyl oder Resettlement-Quoten zu beschränken, Flucht nicht gestoppt werden kann, darauf weist Heidrun Bohnet vom Department für Migration und Globalisierung der Universität für Weiterbildung Krems hin. Schutzsuchende würden dadurch

nur stärker in das Schlepperwesen gedrängt, aktuell an der Afghanistan-Krise zu sehen. Zudem müssen Migrationsströme als komplexe Dynamik verstanden werden, in der bestimmte Maßnahmen zu Effekten anderswo führen. Bohnet: „Im Forschungsprojekt „Quantifying migration scenarios for better policy“ haben wir Anzeichen dafür gefunden, dass restriktive Politiken in einem Land oder bei der Festlegung von Einreisekategorien (etwa bei Asyl), Auswirkungen auf Nachbarländer und andere Einreisekategorien (etwa bei Familiennachzug) haben. In anderen Worten: Verschiedene Migrationspolitiken und Migrationsströme sind miteinander räumlich und kategorial verbunden.“ Eine der möglichen Folgen kann die Umlenkung Asylsuchender in die Irregularität sein. Aktuell wird diese Problematik am Beispiel der Afghanistan-Krise deutlich. Angesichts der restriktiven europäischen Asylpolitik, die zudem Schutzsuchende in die Hände von Schleppern treibt, plädiert Christoph Pinter von UNHCR für Wege, Menschen legal ins Land zu holen. Das ginge über Resettlement-Programme und humanitäre Aufnahmeprogramme. Pinter: „Wir haben vorgeschlagen, Student_innen-Visa für Flüchtlinge oder sogar Arbeitsvisa zur Verfügung zu stellen. Man könnte vor Ort schauen, wer die vulnerabelsten Gruppen sind, wer am dringendsten Hilfe braucht.“ Solche „komplementären Fluchtwege“ hält

auch Martin Wagner für einen spannenden Ansatz: „Man versucht hier, jene Wege, die für legale Migration vorhanden wären, auch für Geflüchtete zu adaptieren.“ Einige erfolgreiche Beispiele gäbe es bereits, etwa die Western Balkan Regulation, mit der Deutschland die Fluchtbewegung von 2015/16 mit den Möglichkeiten der Arbeitsmigration verbunden hat.

Was Afghanistan betrifft, haben sich mittlerweile 15 EU-Staaten – Österreich ist nicht dabei – darauf geeinigt, 40.000 Menschen im Rahmen von Resettlement-Programmen aus Afghanistan nach Europa zu holen. Ali Ahmad Safi von der Universität für Weiterbildung Krems sieht darin einen wichtigen, eigentlich überfälligen Schritt. Er weist auf die Mitverantwortung des Westens an der Situation von Ländern wie Afghanistan hin. Bereits 2016 wäre ein Memorandum of Understanding zwischen der EU und Kabul vereinbart worden, um die Rückführung von abgelehnten Asylwerbern zu ermöglichen. Diese Vereinbarung kam unter dem Druck zustande, Hilfszahlungen, von denen das kriegsgebeutelte Land massiv abhängt, zu streichen. Safi: „Die EU hat viel Geld in ein von Armut und Kriegen gezeichnetes Land gepumpt. Dabei hat man unweigerlich die Korruption verstärkt, ohne dass die Probleme des Landes gelöst wurden.“ Das sei eine „heikle, schwierige“ Ausgangslage.

In die gleiche Kerbe schlägt auch Nassim Majidi, Ko-Gründerin von Samuel Hall, einem Social Enterprise, das sich auf die Analyse globaler Migrationsbewegungen und Vertreibung spezialisiert hat. Majidi weist, wie auch Safi und Martin Wagner, darauf hin, dass Europa nur einen Bruchteil der weltweit Schutzsuchenden aufnimmt. Zur Einordnung: Laut EU-Kommission lebten Ende 2019 rund 2,6 Millionen Flüchtlinge innerhalb der EU, das entspricht einem Anteil von 0,6 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Majidi sieht mehrere Bruchstellen in der europäischen Haltung: So hätten staatliche Asylgerichte, etwa in Frankreich, argumentiert, dass in Afghanistan kein Krieg herrsche und damit kein Fluchtgrund vorliege. Tatsächlich bezieht sich die UN-Menschenrechtscharta aber auf den Schutz vor Verfolgung, hier läge massive Evidenz für Afghanistan vor; etwa

„Wir betrachten die Tendenz von Staaten mit Sorge, die zu verhindern versuchen, dass Flüchtlinge Zutritt zum Hoheitsgebiet und zum Asylverfahren haben.“

Christoph Pinter

von Mädchen und Frauen, von Personen, die für die Regierung gearbeitet haben, oder von Angehörigen von Minderheiten wie den Hazara. Wiewohl Pakistan und Iran rund fünf Millionen afghanische Geflüchtete aufgenommen haben, sei die Verlagerung der Hilfsprogramme auf Nachbarländer, auf die sich europäische Länder berufen, problematisch. „Falls es Personen überhaupt schaffen, über die Grenze zu kommen, gibt es derzeit weder in Iran noch Pakistan einen RSD Process“, also ein Verfahren zur Bestimmung des Flüchtlingsstatus, wie es etwa das UNHCR durchführt. Statt dauerhafter Lösungen bedeute das vorübergehenden Schutz in Pufferzonen, womit afghanischen Flüchtlingen das Recht auf Asyl verwehrt würde, so Majidi. Einig sind sich die Expert_innen darüber, dass in dieser Situation vor allem Resettlement-Programme als Schutzinstrument bleiben. Ein interessantes, bereits bewährtes Modell bietet Kanada. Dort werden über ein Private Sponsorship of Refugees (PSR) qualifizierte Personen gezielt ins Land geholt und durch private Gruppierungen ein Jahr lang unterstützt und betreut. Das Programm wird vom Staat finanziell getragen. ■



ALI AHMAD SAFI

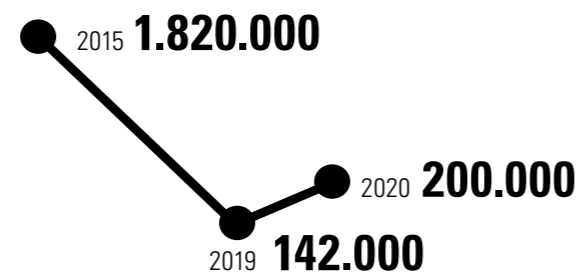
Ali Ahmad Safi, MA, forscht am Department für Migration und Globalisierung an der Universität für Weiterbildung Krems, insbesondere über die afghanische Diaspora in Europa und verfasst derzeit seine Dissertation dazu. Er hat u. a. einen Beitrag über die Migration afghanischer Geflüchteter im Sammelband „Migration & Integration“ (2019) publiziert.



NASSIM MAJIDI

Dr.ⁱⁿ Nassim Majidi forscht am African Centre for Migration and Society an der University of the Witwatersrand, Südafrika, und am Feinstein International Center an der Tufts University, USA. Sie ist Ko-Gründerin und Direktorin des Forschungszentrums Samuel Hall.

ILLEGALE GRENZÜBERTRITTE AN EU-AUSSENGRENZEN STARK GESUNKEN



Quelle: EU-Kommission; Fromex

Foto: Safi © Andrea Reischer; Bohnet © Daniel Novotny; Pinter © UNHCR Stefanie Steindl

PASSIERSCHEINE



Immer wieder tauchen sie in Medien auf: Kopien eines brasilianischen Reisepasses von Josef Pwag. Hinter dem Namen soll der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-un stehen. Laut der Nachrichtenagentur Reuters und der britischen BBC ist der Pass tatsächlich am 26. Februar 1996 von der brasilianischen Botschaft in Prag mit einer zehnjährigen Gültigkeitsdauer ausgestellt worden. Auch von Familienmitgliedern sind solche brasilianischen Pässe aufgetaucht. Vermutet wird, dass sich der koreanische Diktator eine Fluchtmöglichkeit offen halten wollte.



Ein Konstrukt mit Folgen

Die Territorialstaaten trachteten noch danach, Auswanderung zu kontrollieren. Die Nationalstaaten brachten das Recht, zu geben, und erfanden die Staatsbürgerschaft, um zu regulieren, wer ankommen darf und wer nicht.

Von Johanna Müller

Lässt man den größten Teil der menschlichen Migrationsgeschichte – angefangen bei der von Afrika ausgehenden Besiedelung Asiens, Europas und des amerikanischen Kontinents – außer Acht, so kann die Regulation von Migration als eine europäische Erfindung gelten: Der Kontinent war immer durch Binnenmigration geprägt (und ist es noch), die Geschichte der modernen Migration begann mit der globalen Expansion Europas im späten 15. Jahrhundert und die europäischen Nationalstaaten haben eine Institution auf eine Weise etabliert, dass sie heute noch als ein Regler der Migrationskontrolle funktioniert: die Staatsbürgerschaft.

Der Zeitpunkt, ab dem die Staatsbürgerschaft zu diesem Regler werden konnte, lässt sich relativ genau datieren. „Im 19. Jahrhundert passierte ein signifikanter Umbruch, eine ‚exit revolution‘: Während bis dahin der merkantilistische Territorialstaat

versuchte, Abwanderung zu regulieren und, wenn möglich, zu begrenzen, so wurde im Zuge der industriellen Revolution und der aufkommenden sozialen Frage nicht mehr die Abwanderung als Problem gesehen, sondern die Zuwanderung“, sagt Mathias Czaika, Professor für Migration und Integration der Universität für Weiterbildung Krams. Wie kam es zu diesem Paradigmenwechsel?

Der Fokus auf die Abwanderung ist typisch für das 16. und 17. Jahrhundert. Das Europa jener Zeit ist von den Folgen des Dreißigjährigen Krieges geprägt, die soziale Ungleichheit ist groß. Die merkantilistische Wirtschaftspolitik der Herrscherhäuser strebt danach, möglichst viele wirtschaftlich aktive Untertanen zu haben, die das Land bestellen, Steuern zahlen und ihren Militärdienst leisten. Mit Ausnahme des britischen Empire sehen die Kolonialmächte die Neue Welt denn auch nicht als Siedlungsraum, sondern als Rohstoffliefer- >>

Foto: Handout via REUTERS



MATHIAS CZAIIKA

Univ.-Prof. Dr. Mathias Czaika ist Wirtschaftswissenschaftler und Politologie. Er leitet das Department für Migration und Globalisierung an der Universität für Weiterbildung Krems.



RAINER BAUBÖCK

Prof. Dr. Rainer Bauböck ist Politologe und Professor am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz und korrespondierendes Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Er forscht zu den Themen Staatsbürgerschaften in Demokratien, europäische Integration, Migration, Nationalismen und Minderheitenrecht.

ranten. Wollte man auswandern, brauchte man eine Erlaubnis. Die spanische Krone etwa ließ nur jene gehen, die vor Ort von Nutzen sein konnten und politisch zuverlässig waren. Die neue Ökonomie in Übersee brauchte schließlich nur wenige Arbeitskräfte aus Europa – dafür wurden Menschen versklavt, allein 12 Millionen aus Afrika; der größte Akt von Gewaltmigration in der Menschheitsgeschichte.

Das 16. und 17. Jahrhundert kennt auch die gezielte An- und Umsiedlung. Etwa die Anwerbung protestantischer Hugenotten durch das Haus Brandenburg. Die Habsburgermonarchie siedelte deutschsprachige Untertanen in ihren ost- und südosteuropäischen Grenzregionen an. Diese Formen der Regulation von Migration sind typisch für den merkantilistischen Staat, dem Arbeitskraft wichtiger ist als Kapital. Es zeigen sich aber bereits die ersten Ansätze gezielter Migrationspolitik. Jochen Oltmer, Migrationsforscher an der Universität Osnabrück: „Moderne Staatlichkeit beginnt dort, wo Migration vor dem Hintergrund spezifischer politischer und gesellschaftlicher Ziele gelenkt wird.“

Die Konstruktion von Innen und Außen

Im 19. Jahrhundert passieren zwei entscheidende Veränderungen: Aus dem kommunalen Heimatrecht, das Bürger_innen von Städten und Gemeinden bestimmte Rechte gibt, zum Beispiel auf Armenfürsorge, wird ein nationales Staatsbürgerschaftsrecht. Die Kontrolle von Aus- und Zuwanderung sowie Niederlassung geht damit von den Kommunen auf den (National-)Staat über. Zugleich steigt die Migration infolge von Industrialisierung, unter anderem des Agrarsektors, sowie der Urbanisierung stark an.

Indem diese beiden Entwicklungen zusammenkommen, ist das „Grundproblem“ von Staatsbürgerschaft und Migration, wie Politikwissenschaftler Rainer Bauböck es nennt, in der Welt. Auf einmal sind die Einwohner_innen eines Staates nicht mehr notwendigerweise auch Staatsbürger_innen dieses Staates. Das bedeutet, dass in den Nationalstaaten immer ein Teil der Bevölkerung von Rechten, die an die Staatsbürgerschaft gekoppelt sind, ausgeschlossen ist.

In Österreich ist dieses Grundproblem besonders deutlich: Zwanzig Prozent der österreichischen Bevölkerung haben keine inländische Staatsbürgerschaft und sind damit beispielsweise vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Ius soli oder Ius sanguinis

Der steuernde Effekt ist kein Zufall, denn die Staatsangehörigkeit ist ein Instrument der Migrationspolitik. Die jungen Nationalstaaten entscheiden sich im 19. Jahrhundert – auch im Hinblick auf ihre Migrationsziele – für unterschiedliche Modelle. Gilt das Ius soli („Recht des Bodens“), ist der

„Indem man den Zugang zur Staatsbürgerschaft erschwert, will man auch Migrationsflüsse reduzieren oder stoppen.“

Rainer Bauböck

Ort der Geburt entscheidend, gilt das Ius sanguinis („Recht des Blutes“), wird die Staatsbürgerschaft von den Eltern auf die Kinder übertragen. Rainer Bauböck nennt ein Beispiel: „Lange galt Frankreich als Beispiel für starke Elemente des Ius soli in einer Willensnation. Das deutsche Modell war dagegen jenes einer Abstammungsnation mit starken Elementen des Ius sanguinis und einer eher ausgrenzenden Einwanderungspolitik.“ Unveränderbare Entwicklungspfade werden damit aber nicht festgelegt, wie die Geschichte zeigt. Die meisten Staatsbürgerschaftsgesetze kombinieren

heute beide Prinzipien. „Was Staaten unterscheidet, sind die jeweiligen Mischungsverhältnisse.“

Die Verknüpfung von Staatsbürgerschaft und Migrationspolitik im 19. Jahrhundert ist auch den ökonomischen Umbrüchen geschuldet: Wo Fabriken entstehen und gigantische Infrastrukturen wie die Eisenbahn geschaffen werden, müssen Arbeitskräfte frei wandern können, um saisonale und temporäre Nachfrage zu bedienen. „Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und wirtschaftliche Gründe sind die maßgeblichen Faktoren, die die Massenmigration im 19. Jahrhundert antreiben“, so der Innsbrucker Zeithistoriker Dirk Rupnow. Viele Pass- und Visapflichten werden abgeschafft, aber mit Ausnahme von Frankreich möchten die meisten europäischen Staaten im 19. Jahrhundert Einwanderung, wenn möglich, nur auf Zeit zulassen. Das Ius sanguinis ist besonders geeignet, permanente Niederlassung zu erschweren, und tatsächlich, erläutert Oltmer, gelingt es den Staaten, die Aufenthaltsdauer zu beschränken.

Der Preis ist hoch

Die beiden Weltkriege und der Faschismus brachten zunächst Wellen der Gewaltmigration mit sich: Deportation und Zwangsarbeit, Flucht, Rückwanderungen, Massenweisung und Vertreibungen, aber auch – bereits im Ersten Weltkrieg – die Deportation und Internierung „feindlicher Ausländer“. Die jeweils neuen Grenzen bedeuteten ihrerseits vielfach Massenmigration: Nach dem Ersten Weltkrieg migrierten zwei Millionen Menschen aus ehemaligen Territorien nach Deutschland, Österreich und Ungarn. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen über 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen „Ostgebieten“ in die vier Besatzungszonen Deutschlands sowie nach Österreich, außerdem gibt es rund 11 Millionen Displaced Persons, die meisten davon ehemalige Zwangsarbeiter_innen.

An der Grenze zum Eisernen Vorhang gelegen und ein Nachfolgestaat des Habsburgerreiches, tut sich Österreich dennoch schwer, sich als Einwanderungsland zu definieren. „Statistisch betrachtet, ist Österreich schon seit Anfang der 1960er Jahre

„Moderne Staatlichkeit beginnt dort, wo Migration vor dem Hintergrund spezifischer politischer und gesellschaftlicher Ziele gelenkt wird.“

Jochen Oltmer

ein Einwanderungsland, aber das ist im Selbstverständnis des Landes oder in der politischen Debatte immer noch nicht so richtig angekommen“, sagt Rupnow.

Stattdessen gewinnt seit den 1990er Jahren das Thema Staatsbürgerschaft politisches Momentum und wird von rechtsgerichteten politischen Parteien mit dem Thema Identität verknüpft. Der Zugang zur Staatsbürgerschaft wird in Österreich exklusiver, auch aus migrationspolitischen Erwägungen. Staatsbürger_innen unterliegen keiner Migrationskontrolle, können nicht abgeschoben werden, jederzeit wieder einreisen und haben weitergehende Rechte auf Familiennachzug als Drittstaatsangehörige. „Indem man den Zugang zur Staatsbürgerschaft erschwert, will man auch Migrationsflüsse reduzieren oder stoppen“, so Bauböck.

Der Preis der Instrumentalisierung der Staatsbürgerschaft für die Einwandernden und für die Einwanderungsländer ist hoch. Er besteht in einer Gesellschaft der Ungleichheit. „Eingewanderten wird über Jahrzehnte die demokratische Repräsentation verweigert“, sagt Oltmer. „Man gibt zu verstehen: ‚Ihr gehört nicht zu uns‘.“ ■



DIRK RUPNOW

Univ.-Prof. Mag. Dr. Dirk Rupnow ist Zeithistoriker, Professor für Geschichte und Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Innsbruck. Er forscht und lehrt unter anderem zur österreichischen, deutschen und europäischen Zeit- und Migrationsgeschichte.



JOCHEN OLTMER

Apl. Prof. Dr. Jochen Oltmer ist Historiker und außerplanmäßiger Professor für Neueste Geschichte sowie Mitglied des Vorstands des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.



LUDOVIT GARZIK

Dipl.-Ing. Dr. Ludovit Garzik, MBA DWT ist der Geschäftsführer des Rats für Forschung und Technologieentwicklung in Österreich und Autor zahlreicher Bücher und Publikationen über Innovation, Forschung und Bildung.



FRIEDRICH ALTENBURG

Mag. Friedrich Altenburg, MSc ist Historiker und Kommunikationswissenschaftler. An der Universität für Weiterbildung Krems leitet er den Lehrgang für Migrations- und Innovationsmanagement am Department für Migration und Globalisierung, dessen stellvertretender Leiter er ist.

nalistische Haltung von Mehrheitsgesellschaften. Diese Haltung wird zunehmend zu einem größeren Problem werden für die alternden Gesellschaften, die Wissensökonomien sein wollen und sich in globaler Konkurrenz zueinander befinden, sagt Ludovit Garzik, Geschäftsführer des Rats für Forschung und Technologieentwicklung (Rat FTE). Der Grund nämlich, warum Deutschland, Österreich, ja Europa, in den vergangenen Jahrzehnten an Kreativität und Innovationskraft eingebüßt haben, ist, so Garzik, ein scheinbar weicher Faktor: ein Mangel an Toleranz.

Zirkulationsstau

Die Baustellen sind überall, in der Wirtschaft ebenso wie in der Wissenschaft. Beispiel Österreich: In seinem jüngsten „Bericht zur wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit“ stellt der Forschungsrat auf ein Neues fest, dass Österreich zwar gemessen an den Rückflüssen immer noch gut in den europäischen Forschungsraum integriert ist, bei der Wissenszirkulation aber den Innovation Leaders notorisch hinterherhinkt. Internationale Forschende und Studierende finden hierzulande keine attraktiven Forschungsbedingungen und Forschungsprojekte. Wäre Österreich durch internationale Wissenschaftler_innen besser vernetzt, könnte es wesentlich innovativer sein. „Wir müssen uns überlegen, wie wir selbst attraktiv werden können, um generell Zuwanderung anzuziehen. Das geht von multilingualen Kindergärten und Schulen bis hin zu einem Klima, das Diversität aufgeschlossen gegenübersteht“, sagt der Historiker und Migrationsexperte Friedrich Altenburg von der Universität für Weiterbildung Krems. „Sonst haben wir nicht nur einen Fachkräftemangel, sondern verlieren auf Dauer einen wesentlichen Motor für Innovation.“

Zentren-Verschiebung

Wie dringend ein Umdenken ist, hat eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft kürzlich für Deutschland belegt: Elf Prozent aller in Deutschland eingereichten Patente stammten 2018 von Erfinder_innen mit ausländischen Wurzeln. Wäre dies nicht

so gewesen, würde die Erfindertätigkeit in Deutschland seit zehn Jahren schrumpfen, denn jeglicher Zuwachs bei den Patentanmeldungen geht „ausschließlich“ auf Ausländer_innen zurück, heißt es in der Studie. Können Migrant_innen etwas, das eine autochthone Bevölkerung nicht kann?

„Smarte Menschen gehen dorthin, wo sie eine offene und tolerante Gesellschaft vorfinden.“

Ludovit Garzik

„Deutschland oder auch Österreich sind etablierte Wohlstandsgesellschaften“, sagt Garzik. „Im Windschatten des Erfolgs lauert immer die Bequemlichkeit. Es gibt keinen Druck, etwas Neues auszuprobieren, sich neue, höhere Ziele zu stecken.“ Wer eine Heimat verlässt, hat umgekehrt diesen Druck jedenfalls schon einmal verspürt.

Die innovativen Zentren dieser Welt haben sich in den vergangenen Jahrzehnten verlagert. Das ist daran ablesbar, dass heute zwanzig Prozent aller Patentanmeldungen weltweit aus nur zwei Ländern stammen – aus China und Südkorea. Die beiden asiatischen Staaten haben den USA, Japan und Westeuropa längst den Rang abgelaufen. Kreative Hotspots sind auf der ganzen Welt zu finden, vor allem in den Megacities. Darunter sind San Francisco und die Bay Area, aber auch Kigali, die Hauptstadt Ruandas, und Nairobi in Kenia. Die Innovationsforschung hat sich auf die neuen Gegebenheiten längst eingestellt und spricht lieber von „Ökosystemen“ als von Innovationsstandorten. Kreativität und Unternehmergeist müssen vom Menschen her gedacht werden, so

der Tenor. „Wenn jemand eine Idee hat und überlegt, wo man damit hingehet, dann werden ihn die Orte anziehen, wo sie oder er ein Team und eine Finanzierung findet; Menschen, die aufgeschlossen genug sind, Wagnisse einzugehen und neue Produkte auszuprobieren. Das heißt, smarte Menschen gehen dorthin, wo sie eine offene und tolerante Gesellschaft vorfinden“, sagt Garzik, der zu den Erfolgskriterien von Innovationssystemen kürzlich auch ein Buch herausgegeben hat.

Fallstrick Kategorisierung

Üblicherweise versuchen Einwanderungsländer, zu kategorisieren: Die Rot-Weiß-Rot-Karte etwa ist ein solcher Versuch, nur jene ins Land zu lassen, die gerade gebraucht werden. Kann es sein, dass sich die europäischen Staaten auf diese Weise Chancen entgehen lassen? „Wir sind schrumpfende, alternde Gesellschaften“, erinnert Garzik. „Wir brauchen tatsächlich Migration auf allen Stufen und nicht nur die Innovator_innen. Wer eine smarte Idee hat, braucht auch Mitarbeiter_innen für den Einkauf, man braucht Leute, die Marketing machen, die etwas bauen können und man braucht Reinigungskräfte für das Büro.“

Anna Steiger, Vizerektorin der TU Wien, hat noch einen anderen Punkt. Das Problem der Kategorisierung sei, dass durch kanalisierende Maßnahmen vermutlich sehr viel Potenzial unentdeckt bleibt: „Wir wissen ja nicht, welche Talente, Fähigkeiten und Ambitionen ein geflüchteter Mensch im richtigen Umfeld noch entwickeln kann.“ Die Universitäten seien in den letzten Jahren offener und auch diverser geworden und hätten von einem Zuwachs



Buchempfehlung:
Ludovit Garzik (Editor):
Successful Innovation Systems, A Resource-oriented and Regional Perspective for Policy and Practice,
Springer, 2021

Fotos: Garzik © Luiza Puiu; Altenburg © Novotny; Steiger © EvaKelsey

an ausländischen Studierenden und wissenschaftlichem Personal mit nichtösterreichischer Herkunft profitiert. „An der TU Wien konnten wir durch Studentinnen und Doktorandinnen aus dem Iran, der Türkei und aus Osteuropa unseren Frauenanteil in den klassischen MINT-Fächern, insbesondere in der Elektrotechnik deutlich erhöhen.“

Als 2015 viele Menschen aus Syrien flohen, initiierte die Universitätenkonferenz (uniko) das Projekt „More“. Dazu gedacht, Geflüchteten und Asylsuchenden eine Perspektive an einer Universität zu geben, setzt sich die Plattform aktuell gezielt für Wissenschaftler_innen ein, die in ihrer jeweiligen Heimat Gefahr laufen, an ihrer Arbeit gehindert oder verhaftet zu werden. Aktuell im Fokus ist Afghanistan. „Ganz generell haben wir als TU Wien das Ziel, exzellente Forscher_innen an unsere Hochschule zu holen“, sagt Steiger. Die Talentesuche ist global, was unter Pandemiebedingungen schwieriger ist als sonst.

Unleistbare Intoleranz

Auch wenn die Universitäten auch aus einer Haltung der gesellschaftlichen Verantwortung heraus aufgerufen sind, sich über die selbstverständliche Internationalisierung hinaus für geflüchtete Menschen einzusetzen, wie Steiger meint, die auch die „Taskforce Gender & Diversity“ der uniko leitet, so bleibt doch schlicht die Notwendigkeit der stärkste Motor: Friedrich Altenburg leitet an der Universität für Weiterbildung Krems den Lehrgang „Migrations- und Integrationsmanagement“. Sein Lehrgang wäre ohne ein diverses Team mit Mitgliedern unterschiedlichster Herkunft kaum denkbar: „Jemand, der aus der Mehrheitsgesellschaft kommt, kann über das Thema Diskriminierung kaum etwas sagen“, so Altenburg. Ein weiterer pragmatischer Faktor: „Österreich ist eine Migrationsgesellschaft, zwanzig Prozent der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Das sind alles potenzielle Forscher_innen, Unternehmensgründer_innen, Kund_innen und Mitarbeiter_innen, die meist vernachlässigt werden.“ Vernachlässigung können sich die europäischen Gesellschaften heute nicht mehr leisten. Ebenso wenig, wie Intoleranz. ■



ANNA STEIGER

Mag.^a Anna Steiger ist die Vizerektorin für Personal und Gender der Technischen Universität Wien und leitet die Taskforce Gender & Diversity der Universitätenkonferenz uniko.

Hebel für den Zusammenhalt

Ein Gefängnis ist oftmals keine Besserungsanstalt. Aber mit geeigneten Orientierungsangeboten muss es im Strafvollzug gelingen, einer Radikalisierung junger Menschen vorzubeugen. Das EU-Projekt SERENY erforscht geeignete Maßnahmen für die Reintegration.

Von Astrid Kuffner

Die Jugend als Lebensphase dauert heute im Vergleich zu vorigen Generationen länger. Als Jugendliche bezeichnet Manfred Zentner vom Zentrum für Migration, Integration und Sicherheit Menschen zwischen acht oder neun und 30 oder sogar 35 Jahren. Er beschäftigt sich schon lang mit der Identitätskonstruktion, also wie Heranwachsende für sich die Fragen „Wer bin ich?“, „Was macht mich aus?“ und „Wo finde ich meinen Platz in der Gesellschaft?“ beantworten. Für jugendliche Straftäter_innen ist dieser Prozess aufgrund der Regeln in Haftanstalten, der Stigmatisierung und der Abschottung von der Gesellschaft erschwert.

Der Jugendforscher koordiniert den österreichischen Beitrag zum Projekt „Strengthening Approaches to the Preven-

tion of Youth Radicalisation in Prison“ (kurz SERENY) im Auftrag der Generaldirektion Justiz der EU-Kommission. Dazu kooperieren die Universitäten in Krems, Palermo, Neapel und Barcelona (mit Fachgebieten von Sozial- bis Rechtswissenschaften), die albanische Volksanwaltschaft und das slowenische Friedensinstitut MIROVNI. Sie beschäftigen sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit der Frage, wie man der Radikalisierung im Gefängnis – egal in welche Richtung – bei jungen Menschen vorbeugen kann. „Wir wollen die Prävention verbessern und befragen dazu u.a. inhaftierte Jugendliche und Betreuungspersonal im Gefängnis, wo, wie und von wem in Haft radikalisiert wird“, so der Projektleiter. Mit dem Österreichischen Institut für internationale Politik (OIIP) besteht am Department seit vielen Jahren

eine Kooperation in der Lehre. Nun wird erstmals auch gemeinsam geforscht: Extremismusforscherin Daniela Pisoiu ist mit an Bord.

Auch Radikalisierung bietet Zugehörigkeit

Radikalisierung bedeutet letztlich, die Gesellschaft mit der Brechstange verändern zu wollen durch gesetzesfreie Räume, Parallelstrukturen, die Abkehr von Grundsätzen des Zusammenlebens. Während der Fokus in Österreich politimedial auf Islamismus liegt, bleibt in Italien die Mafia ein typisches Schreckensbild. Alle Radikalisierungen, ob rechts, links oder islamistisch, geben Versprechen ab: dass junge Menschen dazugehören können, dass Ungerechtigkeit beseitigt wird und ein System installiert wird, in dem es ihnen und den ihren gut gehen wird.

Für den ehemaligen Lehrer hat sich bewährt, Jugendliche als Expertinnen und Experten ihrer eigenen Lebenswelt ernst zu nehmen und ins Gespräch zu kommen, warum sie bestimmte Dinge tun. „Bei der Selbstverortung wird die Erwachsenenkultur oft abgelehnt oder Alternativen werden gesucht. Viele Handlungen, die gesetzt werden, sind ein Ruf nach Orientierung“, so Zentner. Das sagen die Jugendlichen einem aber nicht so, „also müssen Forschende Daten erheben, bewerten, deuten und die Jugendlichen in die Interpretation der Ergebnisse wieder einbinden, damit sie richtigstellen können“, beschreibt er auch seinen Ansatz für SERENY.

Das Projektteam will bis Oktober 2023 wichtige Hebel identifiziert haben und Unterstützungsmaßnahmen für die in der Justiz tätigen Personen entwickeln. Als ersten Schritt führen die beteiligten Universitäten

in 12 europäischen Ländern eine Policy-Analyse über geltende Grundsätze der Prävention junger Menschen in Haft durch, um Models of Good Practice herauszufiltern. Die Analyse fließt anschließend in die Befragungen ein, Herzstück des Engagements der Universität für Weiterbildung Krems und des OIIP. Es sollen Leitfaden-Interviews mit jungen Insass_innen in den teilnehmenden Ländern geführt werden, über Erlebnisse und Erfahrungen mit Radikalisierung im Gefängnis. Eine Fragebogen-Erhebung für Justizwacheorgane und weiteres Personal, das mit den jungen Inhaftierten zu tun hat, ist geplant. Hier sollen Wahrnehmungen beschrieben werden, wie Radikalisierung passiert und wo Intervention möglich wäre. Abschließend werden Gruppendiskussionen angesetzt, um quer durch den Strafvollzug herauszuarbeiten, was für Prävention gebraucht wird.

Prävention in überfüllten Haftanstalten klingt zunächst utopisch. Klar ist, dass es auch strukturelle Änderungen braucht: „Ich glaube, dass man Radikalisierung vorbeugen kann. Wenn man Menschen unter 25 Jahren in der Haft alternative Wege aufzeigt, Möglichkeiten zur Orientierung bietet und ihnen hilft, einen Weg einzuschlagen, der nach der Entlassung weiter unterstützt wird“, so der Jugendforscher. Die heimische Justizwache hat er bei vergangenen Schulungen stets als unterstützend erlebt. An der internationalen Forschungsk Kooperation schätzt er, dass unterschiedliches Erfahrungswissen und verschiedene Interpretationen respektiert werden: „Für uns ist die Vielfalt der Zugänge innerhalb der europäischen Forschungslandschaft und der Praxis im Strafvollzug wesentlich. Wir lernen sehr viel vom interdisziplinären Ansatz und bauen Kooperationen für die Zukunft auf.“ ■



MANFRED ZENTNER

Mag. Mag. Manfred Zentner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Department für Migration und Globalisierung der Universität für Weiterbildung Krems. Der frühere Lehrer forscht zum Schwerpunkt Jugend und Migration. Seine Dissertation untersucht die Rolle außerschulischer Aktivitäten für die Integration von Migrant_innen.

Eckdaten des Projekts

Titel: Strengthening Approaches to the Prevention of Youth Radicalisation in Prison (SERENY) **Projektzeitraum:** 2021–2023 **Fördergeber:** EU, Justice Programme (JUST) **Koordinator:** Università degli Studi della Campania Luigi Vanvitelli

Zwischen Mensch und Regel

Heidrun Bohnet und **Albert Kraler** forschen zum Thema *Flucht*. Ihr Fokus liegt unter anderem auf *protracted displacement*. Der Begriff steht für lang andauernde Situationen von Vertreibung und Flucht ohne echtes Ankommen und konkrete Perspektiven.

Von Astrid Kuffner

Flucht und Migration, ob über Grenzen oder innerhalb eines Landes, haben meist mehr als einen Grund, sind also multikausal. Es gibt schleichende und plötzliche Ereignisse, die Menschen zum Aufbruch motivieren. Auch das Ankommen an einem als sicher eingeschätzten Ort kann aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden: der des Geflüchteten, der Aufnahmegesellschaft, der bereits länger verwurzelten Diaspora-Community, der Daheimgebliebenen, völker- und menschenrechtlicher Verpflichtungen oder nationaler Politiken. Heidrun Bohnet und Albert Kraler vom Department für Migration und Globalisierung forschen dazu. >>



Ass.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Heidrun Bohnet** arbeitet am Department für Migration und Globalisierung der Universität für Weiterbildung Krems zu Flucht, Konfliktodynamiken und Migrationspolitiken. Zudem wirkt sie an der Planung des PhD-Programms „Migration Studies“ mit und unterrichtet qualitative und quantitative Methoden. Sie promovierte an der Universität Genf in Politikwissenschaft und Internationalen Beziehungen.

Ass.-Prof. Mag. Dr. **Albert Kraler** promovierte an der Universität Wien in Politikwissenschaft. An der Universität für Weiterbildung Krems ist er am Department für Migration und Globalisierung seit Herbst 2018 tätig. Er forscht zu internationaler und nationaler Flüchtlingspolitik, Integrationsbemühen sowie zu irregulärer Migration und damit zusammenhängenden Politiken.

Heidrun Bohnet interessierte sich schon als Kind für andere Kulturen und reiste mit ihren Eltern viel. Sie lebte einige Jahre in Kanada, maturierte dort, studierte zunächst Spanisch, Englisch und (Lateinamerikanische) Geschichte in Hamburg und verbrachte zwei Semester in Mexiko-Stadt. Es folgte ein Master in Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz inklusive Auslandssemester am Institut d'études politiques de Paris und Forschung an der ETH Zürich. Zuletzt promovierte sie an der Universität Genf in Politikwissenschaft und International Relations. Sie studierte Sprachen und Geschichte als Schlüssel, um sich in der Welt zu verständigen und sie besser zu verstehen. Das Interesse an ihrem Arbeitsgebiet erwuchs aus der Erfahrung,

immer wieder fremd an einem Ort zu sein, und aus der Beobachtung von mixed couples und deren Schwierigkeiten im Alltag. Es folgten Praktika als Advisor für das Office of the Permanent Observer of the International Organization for Migration (IOM) to the United Nations in New York und als Resettlement Officer für das UN-Flüchtlingshochkommissariat. Später war sie am Bonn International Center for Conflict Studies und Visiting Scholar am Institute for the Study of International Migration in Washington, D.C. Rückblickend sagt sie: „Ich befasste mich schon mit dem Thema Flucht, lange bevor es 2015 in Europa zum Trendthema wurde.“ Heidrun Bohnet betrieb auch Feldforschung in Äthiopien, im Südsudan, in Uganda, in der Türkei und in Jordanien. Die Karriereentscheidung für die Forschung fiel, „da ich gerne mit wissenschaftlicher Methodik, Sorgfalt und Tiefe und im fachlichen internationalen Austausch arbeite“.

An die Universität für Weiterbildung Krems kam sie über eine Stellenausschreibung mit Qualifizierungsvereinbarung. Ihr gefällt, dass „das Department gut vernetzt und in Projekten international ausgelegt ist“. Sie bringt neben der Expertise zu Flucht auch Konfliktforschung als Spezialgebiet mit und beleuchtet Beziehungen von Geflüchteten und lokaler Bevölkerung. Warum kommt es zu Konflikten im Empfängerland? Weshalb kann es zu Spannungen bis zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen? „Es gibt die verbreitete Annahme, dass man Flüchtlinge einzäunen und in großen Flüchtlingsunterkünften unterbringen sollte. Mit meiner Forschung zeige ich das Gegenteil auf: Abschottung und Konzentration erhöhen das Risiko für Konflikte.“ Sie setzt bei der Arbeit auf einen Methodenmix sowie die genaue Prüfung und Kombination von Daten.

Aktuell erforscht sie, wie unterschiedliche Migrationsströme (Asyl, Familiennachzug, Arbeits- und Bildungsmigration) und zugehörige Politiken untereinander kategorial und räumlich verbunden sind. Wenn ein Land den Zugang erschwert, hat das Auswirkungen auf Nachbarländer, die Balance von Restriktion und Offenheit führt zu Verschiebungen und wirkt auf andere Ströme, die man vielleicht fördern möchte.



Was ist ein Basic der Fluchtforschung, das man verstehen muss?

Fluchtgeschehen ist dynamisch. Wenn wir uns Zahlen und Kategorien wie refugee, returnee oder displaced person ansehen, sind das Momentaufnahmen. Pendelbewegungen werden so nicht sichtbar.

In Österreich ist die Rückführung von Geflüchteten eine gerne propagierte Maßnahme. Wie beurteilen Sie diese?

Rückführung allein ist keine Lösung. Bei der Integration hat sich herumgesprochen, dass der Prozess Zeit braucht. Auch Reintegration braucht Zeit. Es kann Konflikte zwischen Gebliebenen und Zurückgekehrten geben, es ist nicht unbedingt ein „Nach-Hause-Kommen“, der Mensch und seine Umgebung haben sich verändert. Mit einem Rückflug und einem „Taschengeld“ ist es nicht getan. Es bräuhete viel längere Unterstützung und nachhaltige Reintegrationsmaßnahmen.

In eine Forschungskarriere gerutscht

Der gebürtige Tiroler Albert Kraller interessierte sich bereits als junger Erwachsener für Politik und Gesellschaft. Wühlkisten waren sein Revier, um sich vor der Matura Klassiker der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie von Marx über Weber bis Elias und Machiavelli anzulesen. Er inskribierte an der Universität Wien Politikwissenschaft mit Zweitfach Afrikanistik, um von der Intimität einer Fachrichtung zu profitieren als Kontrast zum Massenstudium. Über ein Praktikum am International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) und die anschließende langjährige wissenschaftliche Mitarbeit rutschte er in die Forscherkarriere: „Ich habe viel und bald im Team gearbeitet, bin also kein Soloforscher, sondern betreibe Forschung in der Regel kollaborativ.“ Sein zentrales Forschungsthema ist der rechtliche Status von Migrant_innen und damit die Auswirkungen von Migrationspolitik auf die davon primär Betroffenen, ob im Kontext des Familiennachzugs oder von Migrant_innen ohne Aufenthaltsrecht.

Mit einer kumulativen Arbeit erwarb er 2017 das Doktorat. 2019 kam er an die Universität für Weiterbildung Krems. Hier sieht er mehr Freiheit als in der projektfinanzierten Forschung, für die Publikationen letztlich nachts, wochenends und im Urlaub geschrieben werden müssen. Lehre ist hier eng mit Forschung verknüpft, intensives Arbeiten, Diskussion und Unterricht gehen ineinander über.

Mit dem Department ist er auch Teil der europäischen Migrationsforschung mit dem International Migration Research Network (IMISCOE). Dort beschäftigen ihn (inter)nationale Flüchtlingspolitiken, also welche Logiken und Wechselbeziehungen zwischen Akteuren Spannungen in dem Politikfeld erzeugen und schutzwürdige und abzuweisende Menschen unterscheiden: „Sehr oft geht es in Asylverfahren nicht darum, ob jemand in Österreich schutzwürdig wäre, sondern ob er oder sie woanders schutzwürdig gewesen wäre. Menschen lange Zeit in Warteposition und mit einem unklaren rechtlichen Status zu belassen, ist ein häufiges Ergebnis dieser Politik.“ Die Genfer Flüchtlingskonvention hält jedoch fest, dass



Was ist ein Basic der Fluchtforschung, das man verstehen muss?

Den Unterschied zwischen Fluchtursachen und individuellen Motiven einerseits und rechtlich-politischen Regulierungen andererseits. Mein Ansatz ist: Da gibt es eine Spannung und die lässt sich nicht auflösen. Das Spannungsfeld muss man produktiv bearbeiten und reflektieren – eine Wunderlösung gibt es nicht.

Ist die unterschiedliche Behandlung von Verfolgten und Wirtschaftsflüchtlings gerechtfertigt?

Menschen treffen Fluchtentscheidungen aus unterschiedlichen Motiven, sei es wegen Verfolgung mit physischer Bedrohung, sei es aus wirtschaftlichen Überlegungen. Zudem sind wirtschaftliche Auswirkungen die ersten, die auch politische Flüchtlinge oder unterdrückte Minderheiten spüren. Man muss anerkennen, dass die Triebkräfte für Migration komplexer sind als die politischen Regularien.

man Menschen Perspektiven geben muss. Wie die Gestaltung von Migrationspolitik Menschen irregularisiert, ist Thema zweier laufender Einreichungen. Der 47-Jährige sieht sich als Generalist, der mit unterschiedlichen Fällen ein Phänomen belegt. Er kümmert sich um die Synthese der Perspektiven, die Disziplinen von Demographie bis Ökonomie aufwerfen. Er interessiert sich dafür, wie Indikatoren definiert und Phänomene erfasst werden und was das für die Konzeption von Wirklichkeit heißt: „Ich arbeite mit Interviews und Fokusgruppen sowie Daten und Aggregatsstatistiken, um zu sehen, welche Phänomene gemessen werden und warum sich unterschiedliche Entwicklungen zeigen.“ Die Verdichtung von Daten auf einer höheren Ebene hilft ihm, die nötige Distanz zum belastenden Forschungsthema herzustellen. ■

Diversität ist eine Bereicherung

*Als die Belegschaft der Erste Group Bank 2007 stark internationalisiert werden sollte, betrat das Unternehmen Neuland. Inzwischen hat Integrationsmanagerin und Absolventin **Franziska Simader-Schober** eine funktionierende Struktur sowie eine erfolgreiche innerbetriebliche Kultur auf den Weg gebracht.*

Von Ilse Königstetter

Ursprünglich hatte sie sich als Jugendliche eine Ausbildung zur Hotelfachfrau vorgestellt, blieb aber dann auf Anraten ihres Englischlehrers doch bis zur Matura in einem Kremser Gymnasium. Und da das Leben manchmal einfach passiert, während man andere Pläne macht, wurde Franziska Simader-Schober bald Mutter eines Sohnes. Nach ihrer Karenzzeit arbeitete sie zunächst einige Zeit bei den österreichischen Lotterien, danach in einem Betrieb für Abfallwirtschaft in Krems. Schließlich bewarb sie sich 2005 bei der Erste Bank und wurde Assistentin des Bereichsleiters für Konzernstrategie. Als das Unternehmen ein Mobility Programm für Mitarbeiter_innen, die in den Auslandstöch-

tern arbeiteten, ins Leben rief, fühlte sich Simader-Schober von der ausgeschriebenen Position der HR-Managerin sehr angesprochen: „Ich habe mich dafür beworben, wurde engagiert und sprang ins kalte Wasser“. Schließlich war ein völlig neuer Bereich innerhalb der Erste Group neu aufzubauen und in Gang zu bringen. Eine Mammutaufgabe, denn es mussten nicht nur Abläufe, Gesetzesgrundlagen und Zuständigkeiten von Behörden und Ministerien eruiert werden, es galt auch, eine auf dem internationalen Markt übliche Willkommenskultur im Unternehmen einzuführen. Seit 2007 ist Franziska Simader-Schober nun schon als Integrationsmanagerin für die Ausländer_innenbeschäftigung in der Erste Group Bank AG verantwortlich. Ihr Aufgabengebiet um-

fasst unter anderem die Unterstützung bei der Erlangung der Zulassungen zum österreichischen Arbeitsmarkt, wie beispielsweise der „Rot-Weiß-Rot-Karte“, der „Blauen Karte EU“ oder anderer nötiger Beschäftigungsbewilligungen. Darüber hinaus werden Informationen zur Wohnungssuche oder zu Kindergarten- bzw. Schulplätzen zur Verfügung gestellt. „Wir helfen auch bei Anträgen aller Art, wie Mitversicherung, Familienbeihilfe oder Fahrzeugimport“, nennt Simader-Schober weitere Beispiele.

Die besten Köpfe finden

Die Anzahl der Mitarbeitenden mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft in der Erste Group ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. „Das bekannte Problem des Fachkräftemangels, vor allem in der IT, ist auch für unser Unternehmen eine große Herausforderung bei der Besetzung von entsprechenden Positionen“, weiß Franziska Simader-Schober aus ihrer langjährigen Erfahrung. Da auf dem österreichischen Arbeitsmarkt hochqualifizierte Professionals in diesem Bereich rar sind, bemüht sich die Erste Group als international agierender Arbeitgeber um attraktive Rahmenbedingungen, um bestausgebildetes Personal rekrutieren zu können und möglichst langfristig ans Unternehmen zu binden. Vor allem im IT-Bereich handelt es sich oftmals um indische Staatsbürger_innen. Franziska Simader-Schober: „Die Tendenz, multikulturell zu besetzen, wird vom Unternehmen auch deshalb begrüßt, weil die dadurch entstehende Diversität als bereichernd empfunden wird“. Ein Trend, der mit Ausbruch der Coronapandemie einen empfindlichen Einbruch erfuhr. Ganz leicht ist die Integration nichtösterreichischer Staatsbürger_innen in Österreich häufig nicht. „Mitunter müssen wir für die Erlangung eines Aufenthaltstitels drei bis vier Monate anberaumen, bevor wir den neuen Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin bei uns begrüßen können.“ Bei einer Person aus einem Drittstaatenland kann das manchmal sogar ein halbes Jahr oder länger dauern. Ein nahezu unzumutbarer Zeitraum für den Kandidaten oder die Kandidatin angesichts des ohnehin schon aufwändigen Umsiedlungsprozederes, genauso wie für das Unternehmen, das die Position mög-

lichst rasch besetzen muss. Hier wünscht sich die Integrationsmanagerin mehr Transparenz bei der Abwicklung der Prozesse, betont aber das grundsätzlich sehr gute Einvernehmen mit den jeweiligen Referent_innen bei den Behörden, wenn Unklarheiten oder Probleme zu klären sind.

Neue Perspektiven

Mit welchen speziellen Herausforderungen die Vertreter_innen der jeweiligen Behörden konfrontiert sind, konnte Franziska Simader-Schober auch im Rahmen ihres Studiums an der Universität für Weiterbildung Krems erfahren. Um ihren Aufgaben als Integrationsmanagerin noch besser gerecht werden zu können, entschied sie sich 2009 für ein Masterstudium in Migrationswissenschaften am Department für Migration und Globalisierung. 2015 erwarb sie mit einer Master-Thesis zum Thema „Arbeitsmigration in der Erste Group Bank AG“ ihren akademischen Abschluss. „Dieses Studium war für mich eine optimale Ergänzung zu meiner langjährigen Praxis, das erworbene Wissen eröffnete mir viele neue Perspektiven.“ Zu schätzen wusste Franziska Simader-Schober vor allem die Expertise der Vortragenden und das hervorragende Netzwerk, das mit den Mitstudierenden geknüpft werden konnte. Der Austausch mit Teilnehmenden, wie etwa vom AMS und anderen Institutionen, förderte das gegenseitige Verständnis für die jeweiligen Sichtweisen und die komplexen Richtlinien. Das Dialogforum des Departments ist für die Integrationsmanagerin nach wie vor eine wichtige Plattform: „Dort werden regelmäßig neue Themen aufgegriffen, die mich nachhaltig weiterbringen.“

Den Ausgleich zu ihrem beruflichen Engagement findet Franziska Simader-Schober im Kreis ihrer Familie und beim Sport. Gemeinsam mit ihrem Mann und ihrer zwölfjährigen Tochter lebt sie im niederösterreichischen Gösing am Wagram. Seit ein paar Wochen wird ein neues Mitglied in den Familienverbund integriert: ein kleiner Welpe namens Franz. Sein Frauchen ist nicht nur eine passionierte Läuferin und Skifahrerin, gerne entspannt sie sich auch beim Arbeiten im Garten und beim Kochen. ■



FRANZISKA SIMADER-SCHOBER

Franziska Simader-Schober, MSc, geboren 1953 in Wien, verheiratet, Mutter einer Tochter und eines erwachsenen Sohnes. Seit 2007 bekleidet Franziska Simader-Schober die Position der Integrationsmanagerin für die Ausländer_innenbeschäftigung in der Erste Group Bank AG. 2015 erwarb sie mit einer Master-Thesis zum Thema „Arbeitsmigration in der Erste Group Bank AG“ ihren Master of Science. Da ihre Tätigkeit als Integrationsmanagerin nicht nur ein Job, sondern ihr längst zur Herzensangelegenheit geworden ist, stellt sie ihr umfangreiches Wissen auch als Expat Consultant zur Verfügung.

Campus Krems

Cannes Corporate Media & TV Awards 2021



Gold in Cannes

„the next thought“, das filmische Plädoyer für Wissenschaft und das Weiterdenken der Universität für Weiterbildung Krems, gewinnt bei den Cannes Corporate Media & TV Awards 2021 in der Kategorie Imagefilm Gold. Bei dem internationalen Preis werden jährlich die weltweit besten filmischen Arbeiten von Organisationen und Unternehmen prämiert. Der Preis fällt in eine Zeit, in der Wissenschaft und faktenbasiertes Handeln zunehmend unter Druck stehen. Umso bedeutsamer ist der Film „the next thought“ als sichtbares Signal für den Stellenwert und die Relevanz von Wissenschaft für die Gesellschaft. Rund 900 Filme aus 42 Ländern standen im französischen Cannes im internationalen Wettbewerb.

Highly Cited Researchers 2021

Gartlehner unter Meistzitierten



Insgesamt 6.602 Personen aus mehr als 70 Ländern erhielten die Auszeichnung „Highly Cited Researchers 2021“. Darunter befinden sich 41 Forscher sowie zwei Forscherinnen, welche in Österreich tätig sind. Einer von ihnen ist Univ.-Prof. Dr. Gerald Gartlehner, MPH, von der Universität für Weiterbildung Krems, der nun zum obersten Prozent der meistzitierten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen weltweit gehört.

Lehrkooperation

Vertiefte Zusammenarbeit

Die Universität für Weiterbildung Krems und die Paritätische Akademie Berlin planen die Weiterführung und den Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich Lehre. Ein entsprechendes Memorandum of Understanding wurde am 9. November in Berlin unterzeichnet. Bereits seit 2018 kooperieren beide Einrichtungen auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Weiterbildung in der Durchführung gemeinsamer Master-Studiengänge.

Neue Professuren

Medizin und Recht

Die Universität für Weiterbildung Krems hat nach § 98 UG 2002 Univ.-Prof. Dr. Thore Zantop zum Universitätsprofessor für Sport- und Bewegungsmedizin und nach § 99 UG 2002 auf fünf Jahre befristet MMag. Dr. Daniel Varro, LL.M. zum Universitätsprofessor für Steuerrecht und nachhaltige Steuerpolitik berufen. Die Professuren sind am Department für Gesundheitswissenschaften, Medizin und Forschung respektive dem Department für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen eingerichtet. Mit ihrer stark transdisziplinären Ausrichtung unterstützen beide Professuren die gesamtuniversitäre Strategie.

PhD-Studien

Weitere Promotionen

Sieben Absolvent_innen des PhD-Studiums Regenerative Medizin und der erste Absolvent des PhD-Studiums Migration Studies erhielten im Rahmen eines akademischen Festaktes im Oktober 2021 den Titel PhD – Doctor of Philosophy.



Fotos: S. 52 Filmstill © UWK; © Wälder Skokantitsch

V. l. n. r.: Mag. Dino Pitoski, PhD, MSc, Absolvent, Univ.-Prof. Dr. Matthias Czaika, Leiter des PhD-Programms Migration Studies, KR Prof. Helmut Mayer, Stadtrat, Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Viktoria Weber, Vizerektorin für Forschung und Nachhaltige Entwicklung, Matthias Pilecky, PhD, MSc, Absolvent, Dr. Markus Neubauer, PhD, Absolvent, Mag. Friedrich Faulbammer, Rektor der Universität für Weiterbildung Krems, Alexander Otabal, PhD, MSc, Absolvent, Univ.-Prof. Dr. Stefan Nebrer, Dekan der Fakultät für Gesundheit und Medizin

Alumni-Club

Neue Reihe Expert Insights

Fulminanter Auftakt mit Matthias Strolz



„Meiner Zukunft Form geben: Über die Grammatik der menschlichen Entfaltung“: Unter diesem Titel eröffnete Matthias Strolz am 11. Jänner mit einem Online-Talk die neue Reihe des Alumni-Clubs „Expert Insights“. Im Fokus des Abends standen die Kompetenzen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit in schwierigen Zeiten sowie die „High Five der persönlichen Entfaltung“ – bewusst werden, loslassen, mit dem „Inneren Ort“ verbinden, in Form bringen, in die Meisterschaft reifen –, die Strolz in seinem 2019 erschienenen Bestseller „Sei Pilot deines Lebens“ definiert hat.

Die neue Reihe Expert Insights bietet Talks, Diskussionen und Workshops mit renommierten österreichischen und internationalen Expert_innen, im Vordergrund steht die Wissens- und Kompetenzerweiterung.

Nachschau auf der Club-Website

Club-Vorteile

Neue Ermäßigungen für Club-Mitglieder

Ab sofort ermäßigter Eintritt in alle Ausstellungen der Kunstmeile Krems sowie einen Preisnachlass für alle Veranstaltungen im Festspielhaus St. Pölten!

Details auf der Club-Website.

Termine 2022

2. März 2022

Online-Stammtisch Frankfurt

www.donau-uni.ac.at/alumni



„Blue Hour“-Podiumsdiskussion

Bildende Kunst im digitalen Zeitalter

Im März 2021 versteigerte Christie's ein digitales Kunstwerk um ca. 70 Millionen US-Dollar. Die Voraussetzung für dieses Phänomen: NFTs, Non-Fungible-Tokens, eine auf Blockchains basierende Technologie, die es ermöglicht, digitale Kunstwerke zu „signieren“. Wie wirkt sich der Einsatz dieser Technologie auf den Kunstmarkt aus, aber auch auf die Produktion, Rezeption und Kollektion der digitalen Kunst?

„Blue Hour“ 16. 3. 2022, Museum für Angewandte Kunst (MAK) Wien

Leitung: Univ. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Anja Grebe, Universität für Weiterbildung Krems.

Mit Besuch der MAK-Ausstellung „Josef Hoffmann. Fortschritt durch Schönheit“.

Kunst und Kultur

Festival

Tanztheater

donaufestival 2022

Stealing the Stolen

2022 steht das Festival unter dem Titel „Stealing the Stolen“. Sound, Art, Performance, Diskurs. Das genreübergreifende avantgardistische Kunstfestival präsentiert rund 20 Programmpunkte pro Tag an mehreren Orten in Krems, u. a. am Campus Krems und im Kino im Kesselhaus. 29. 4. – 1. 5. sowie 6.– 8. 5. 2022 an verschiedenen Orten in Krems www.donaufestival.at



Konzerte

Festival Imago Dei

Zwischenwelten

Nadja Kayali stellt in ihrer ersten Saison das Festival Imago Dei unter den Titel „Zwischenwelten“. Bis Ostermontag stehen sechzehn Konzertveranstaltungen am Programm, durchwegs Eigenproduktionen, neue Projekte und Auftragswerke, so wie die Kinderoper „Gold!“ von Leonard Evers/Flora Verbrugge in der Inszenierung von Angelika Messner.

11. 3. – 18. 4. 2022, Klangraum Krems Minoritenkirche www.klangraum.at



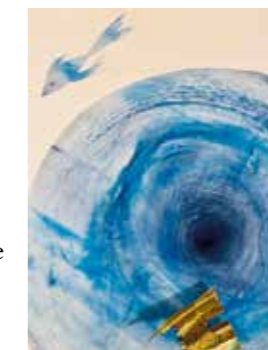
Festspielhaus St. Pölten

Dragons

Eun-Me Ahn & Company

In ihrer neuen Kreation richtet die südkoreanische Choreografin Eun-Me Ahn ihren Blick auf die Millennials der asiatischen Tanzszenen, die in einer globalisierten Welt heranwachsen und zugleich ein jahrtausendealtes Erbe bewahren.

25. 3. 2022, 19:30 Uhr, Österreichpremiere www.festspielhaus.at



Ausstellungen

Kunstballe Krems

Helen Frankenthaler

Malerische Konstellationen

23. 4. – 30. 10. 2022

Julian Warner

29. 4. – 12. 6. 2022

Landesgalerie Niederösterreich

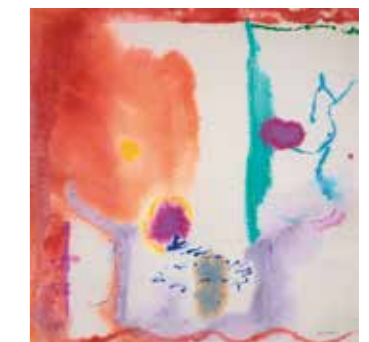
Die Erde lesen

The Dissident Goddesses' Project

12. 3. – 1. 5. 2022

Isolde Maria Joham

2. 4. – 9. 10. 2022



Malerische Konstellationen

Symposium

Rückblende-Gespräch

Zum 120. Geburtstag Alfred Schlees

12. 5. 2022

www.krenek.at

www.archivderzeitgenossen.at

Trends und Termine

Tagung

Gesundheit – Flucht – Migration

Gesundheitsminister und Vertreter der 53 Mitgliedsstaaten in der Europäischen Region der WHO werden auf einer hochrangigen Hybrid-Tagung über Migration und Gesundheit zusammenkommen, um in Form eines partizipatorischen Dialogs und einer regionenübergreifenden Kooperation strategische Prioritäten für den Themenbereich Migration und Gesundheit über das Jahr 2022 hinaus zu erörtern.

12. – 18. März 2022, Istanbul, Türkei und online
www.euro.who.int

Ausstellung

Jetzt im Recht! Wege zur Gleichbehandlung

Die Ausstellung der Gleichbehandlungsanwaltschaft gemeinsam mit dem Volkskundemuseum Wien zeigt mit Akten und Dokumenten die Lebenswelt derer, die aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Alters, ihrer Religion oder ihrer kulturellen Zugehörigkeit Herabwürdigung erfahren. Dazu kommen Interviews mit Anwält_innen, Aktivist_innen und Betroffenen.

Bis 1. Mai 2022, Volkskundemuseum, Wien
www.volkskundemuseum.at/gleichbehandlung

Studie

Migration in Österreich

Der vom Österreichischen Integrationsfonds beauftragte Forschungsbericht „Migration in Österreich: Gesundheitliche und ökonomische Aspekte“ beschäftigt sich mit dem Gesundheitszustand der Migrant_innen, der unter dem der österreichischen Bevölkerung liegt. Grund dafür sind Risikofaktoren wie hohe Arbeitslosigkeit, niedriges Bildungsniveau, Armutgefährdung, lebensstilbezogene Risiken und geringere Gesundheitskompetenz.

www.integrationsfonds.at/mediathek

Conference

Migration and Time

The 19th IMISCOE Annual Conference investigates **Migration and Time: Temporalities of Mobility, Governance and Resistance**. Attention to time and temporalities illuminates processes of othering and patterns of inequalities, as well as forms of resistance and adaptations to policies and institutions. This hybrid conference brings out the disciplinary, methodological and theoretical diversity of migration research.

June 29 – July 1 2022, Oslo, Norway and online
www.imiscoe.org

Study

World Migration Report 2022

In its 11th annual report, the **International Organisation for Migration (IOM)** addresses a **paradox of current migration dynamics**: While Covid-19-related travel restrictions have slowed international migration, the number of internally displaced persons (IDPs) has increased sharply due to internal conflicts, violence and natural disasters.

worldmigrationreport.iom.int

Bücher



Auswandern

Was bewegte Menschen, vor hundert Jahren, aus der österreichisch-ungarischen Monarchie, später aus der Republik, auszuwandern? Auswanderer sahen in der Neuen Welt Chancen, die sie daheim vermissten. Im Ersten Weltkrieg strandeten viele mangels einer Gelegenheit zur Rückkehr. Viele, vor allem Slawen, wandten sich sogar gegen die Heimat. Im Zentrum der Dissertationsschrift des Historikers Kurt Bednar stehen Abfahrtschiffen, Überfahrt und Behandlung in Amerika. Wurde aus den Erfahrungen von damals gelernt, jetzt, wo Menschen nach Europa migrieren?

Kurt Bednar
Österreichische Auswanderung in die USA zwischen 1900 und 1930
Historisch-anthropologische Studien, Bd. 27, P. Lang, 2017



Migrieren

Die politischen und wissenschaftlichen Debatten über die Migrationspolitik haben sich meist auf die Bemühungen der Regierungen konzentriert, die Zuwanderung von Geringqualifizierten, Asylbewerber_innen und Irregulären zu kontrollieren oder zu reduzieren bzw. die Rückwanderung zu fördern. Weniger erforscht und konstruktiv diskutiert wurde dabei die Gruppe hochqualifizierter Arbeitskräfte. Das Buch liefert eine systematische, multidisziplinäre und globale Analyse der Politiken, die die internationale Migration von Hochqualifizierten vorantreiben.

Mathias Czaika (Hrsg.)
High-Skilled Migration
Oxford University Press, 2018



Flüchten

Hannah Arendts 1943 erschienener Essay wurde lange Zeit ignoriert, erst 1986 übersetzt und zeigt erst heute seine eigentliche Sprengkraft: Aus unmittelbarem eigenem Erleben bezweifelte Arendt, dass Staaten überhaupt noch in der Lage sind, Flüchtlingsprobleme zu bewältigen, da der Nationalsozialismus die Idee des schützenden Nationalstaats unmöglich gemacht habe. Der Essay von Thomas Meyer unterstreicht die Relevanz des Textes im Zusammenhang mit der heutigen Flüchtlingsdebatte.

Hannah Arendt
Wir Flüchtlinge
Mit einem Essay von Thomas Meyer
Reclam, 2018

DISSERTATION

Netzwerk Migration

Die Netzwerkanalyse ist eine der umfassendsten Methoden zur Darstellung komplexer Phänomene, zu denen auch die Migration gehört. Mit Netzwerkforschung können charakteristische Netzwerkeigenschaften aufgedeckt, Netzwerkparameter erfasst, zukünftiges Netzwerkverhalten vorhergesagt und das Wissen über Migrationsfaktoren erweitert werden. Bislang hat sich die Netzwerkforschung jedoch kaum mit Migrationsfragen beschäftigt. Die Dissertation von *Dino Pitoski*, erster Absolvent des PhD-Studiums Migration Studies der Universität für Weiterbildung Krems, hat diese Forschungslücke geschlossen. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt dabei auf Wanderungsbewegungen und Migrationsfaktoren in der Europäischen Union, zu der es besonders wenig Forschung aus einer netzwerkanalytischen Perspektive gibt.

The Complex Network of Human Migration: Inputs for European Migration Policies
Pitoski, Dino
Universität für Weiterbildung Krems, 2021



Impressum

upgrade:

Das Magazin für Wissen und Weiterbildung der Universität für Weiterbildung Krets (ISSN 1862-4154)

Herausgeber:

Rektorat der Universität für Weiterbildung Krets

Medieninhaber:

Universität für Weiterbildung Krets
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30
A-3500 Krets

Chefredakteur:

Mag. Stefan Sagl
Universität für Weiterbildung Krets
E-Mail: stefan.sagl@donau-uni.ac.at

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. Roman Tronner
E-Mail: roman.tronner@donau-uni.ac.at

Autorinnen & Autoren dieser Ausgabe:

Valentine Auer, Eva Bachinger, Heinz Faßmann, Rainer Hauptmann, Ilse Königstetter, Astrid Kuffner, Gunnar Landsgeßell, Johanna Müller, Milena Österreicher, Eva-Maria Stöckler, Roman Tronner (-rt-)

Layoutkonzept:

ki 36, Sabine Krohberger

Grafik:

buer08, Thomas Kussin

Schlusslektorat:

Josef Weilguni

Fotostrecke:

Idee und Konzept
DLE Kommunikation und Wissenschaftsredaktion
Telefon: +43 (0)2732 893-2599

Herstellung:

Gerin Druck GmbH
Gerinstraße 1-3
A-2120 Wolkersdorf

Auflage:

17.500

Erscheinungsweise:

vierteljährlich
Ausgabe 2.22 erscheint im Frühjahr 2022.

Disclaimer: Für die Richtigkeit der wiedergegebenen Inhalte und Standpunkte wird keine Gewähr übernommen.



Vorschau 2.22

Schwerpunkt: Wirtschaft & Medizin

Der Nexus zwischen Gesundheit und Ökonomie

Millionen von Impfdosen, noch weit mehr PCR-Tests, Überstunden des Pflegepersonals in den Spitälern, die Langzeitfolgen von Covid: Die Sars-CoV-2-Pandemie belastet die Gesundheitssysteme weltweit enorm. Doch auch ohne die Virenplage würden die medizinischen Kosten für den Erhalt der Gesundheit steigen. So zeigten die vergangenen 15 Jahre bis 2019 beinahe eine Verdopplung der öffentlichen Gesundheitsausgaben, der Anteil am Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich ebenfalls, wenn auch weit weniger stark. Wie sich das Verhältnis von Medizin, Gesundheit, Volkswirtschaft und Management in Gegenwart und Zukunft darstellt, welche Auswirkungen Trends wie zum Beispiel personalisierte Medizin oder der medizintechnologische Fortschritt in Zukunft haben werden und welches Management im Gesundheitswesen dies alles erfordert, beleuchtet die kommende Ausgabe 2.22 des Universitätsmagazins „upgrade“.

ANZEIGE

Jetzt informieren und weiterbilden!



Online
lesen oder
kostenlos
anfordern

+43 (0)2732 893-2250 | info@donau-uni.ac.at
www.donau-uni.ac.at/studienfuehrer

Universität für Weiterbildung Krets

IMMOstats:
Statistische Auswertungen von Kaufvertragsdaten

IMMOdeveloper:
Die transparente Bauprojekt Datenbank

IMMOmapping:
Immobilien transaktionen geografisch visualisiert

IMMObase:
Ihr bequemer Zugang zu den österreichischen Bundesdatenbanken

IMMOvaluation:
Professionelle Immobilienbewertung mit IMMOUnited Kaufvertragsdaten

IMMOfarming:
Grundbuchdaten zum FLAT-Tarif

IMABIS:
Komplette statistische Analyse des gesamten Online-Immobilienangebotsmarktes

ALLES AUS EINER HAND!

www.IMMOUnited.com